

# Praxis der Insolvenz

Ein Handbuch für die Beteiligten und ihre Berater

Bearbeitet von

Dr. Siegfried Beck, Peter Depré, Dr. Hubert Ampferl, Prof. Dr. Hans-Dieter Braun, Thomas Dobler, Joachim Exner, Markus Gempel, Dr. Thorsten Graeber, Harald Heck, Grit Heidrich, Dr. Andrea Heilmaier, Dr. Johannes Holzer, Dr. Oliver Jenal, Dr. Volker Kammel, Dr. Raik Kilper, Prof. Dr. Peter Kothe, Dr. Christa Kraemer, Joachim Kühne, Antje Lambert, Stefan Lehmeier, Reiner Mühlbayer, Dr. Ulf Pechartscheck, Dr. Christian Pelz, Michael Pluta, Dr. Wolfgang Popp, Dr. Andreas Ringstmeier, Dr. Markus Wimmer, Dr. Tobias Wittmann, Dr. Frank Thomas Zimmer, Jochen Zobel, Ralf Zuleger, Dr. Michael Zupancic

3. Auflage 2017. Buch. XCVII, 1871 S. In Leinen

ISBN 978 3 8006 5187 0

Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

Gewicht: 1690 g

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Insolvenzrecht, Unternehmenssanierung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



# beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck/Depré  
Praxis der Insolvenz



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Praxis der Insolvenz

Ein Handbuch für die Beteiligten  
und ihre Berater

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Siegfried Beck**

Fachanwalt für Insolvenzrecht  
Fachanwalt für Steuerrecht  
Nürnberg

**Peter Depré**

Fachanwalt für Insolvenzrecht  
Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht  
Wirtschaftsmediator (cvm)  
Mannheim

3. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2017



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.vahlen.de](http://www.vahlen.de)

ISBN 978 3 8006 5187 0

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck, Bindung und Umschlagsatz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

### **Vorwort zur 3. Auflage**

Omnia mutantur – alles ändert sich – diese Worte Ovids scheinen auch in unseren Zeiten für das Insolvenzrecht im Besonderen zu gelten. Glaubte man nach der zweiten Auflage noch, das Insolvenzrecht sehe – ein Jahrzehnt nach seiner Einführung – nun ruhigeren Zeiten entgegen, muss man seitdem mit Erstaunen feststellen, mit welchem Reformeifer der Gesetzgeber im Begriff ist, das deutsche Insolvenzrecht durch seinen sog. Drei-Stufen-Plan tiefgreifenden Änderungen zu unterwerfen.

Bereits seit 1.3.2012 ist die erste Stufe, das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG), in Kraft. Mit Recht wird man behaupten dürfen, dass die dort vorgenommenen Neuregelungen wie Insolvenzplan, Debt-Equity-Swap, Schutzschirmverfahren oder auch die Neuerungen zur Verwalterauswahl nicht nur die Insolvenzpraxis, sondern auch die deutsche Insolvenzlandschaft insgesamt nachhaltig beeinflusst haben. Ob allerdings die erwünschte Sanierungsakzeptanz gestiegen ist und damit bessere Ergebnisse für die Gläubiger bereits eingetreten sind, muss die bevorstehende Evaluierung zeigen.

Auf der zweiten Stufe legte der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte seinen Fokus auf den Bereich der Privatinsolvenz. Neben der Möglichkeit, die Restschuldbefreiung unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach drei Jahren zu erlangen, steht nun seit 1.7.2014 auch natürlichen Personen die Durchführung eines Insolvenzplanverfahrens offen. Hinzu kommen Verfahrenserleichterungen für die Gläubiger.

Weitere Veränderungen sind durch die dritte Reformstufe, der Einführung des Konzerninsolvenzrechts, sowie die Änderung des Insolvenzanfechtungsrechts zu erwarten. Beide Reformbestrebungen befinden sich derzeit noch im Gesetzgebungsstadium. Mit einer Verabschiedung in dieser Legislaturperiode ist aus heutiger Sicht nicht mehr zu rechnen. Dennoch ist – neben dem aktuellen Anfechtungsrecht – auch der Diskussionsstand zu diesen Gesetzesvorhaben eingearbeitet.

Aber nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene stehen Neuerungen an. So wird die Neufassung der EuInsVO (Verordnung EU 2015/848) am 26.6.2017 allgemein unmittelbar geltendes Recht in Deutschland werden. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat am 27.7.2016 bereits einen Reformentwurf zur Einpassung der neuen EuInsVO in das deutsche Recht vorgelegt. Die Überlegungen der Europäischen Kommission zielen auch darauf ab, den Unternehmen eine Krisenbewältigung „vor der Insolvenz“ zu ermöglichen, um die Sanierungschancen zu erhöhen und dem Unternehmen eine realistische Möglichkeit der Nutzung der sogenannten „zweiten Chance“ zu geben.

Neben Gesetzesänderungen sowie den anstehenden Reformen hat aber auch die seit der 2. Auflage erschienene Fülle an neuerer Literatur und Rechtsprechung eine grundlegende Revision des vorliegenden Handbuches dringend er-



# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

VI

*Vorwort*

forderlich gemacht. Das Werk gibt nun den Bearbeitungs- und Gesetzgebungsstand Oktober 2016 wider.

Auch in der Autorenschaft haben sich Änderungen ergeben: Die Herausgeber danken den ausgeschiedenen Autoren für ihr langjähriges Engagement. Neu hinzugekommenen Autoren sei für ihre Bereitschaft gedankt, die künftige Bearbeitung auf sich zu nehmen, verbunden mit dem Wunsch, dass das vorliegende Werk und damit die Leserschaft von deren Praxiserfahrungen reichlich profitieren möge.

Ein besonderer Dank gilt auch Frau Rechtsanwältin Dr. Claudia R. Cymutta, welche das Werk als kompetente Koordinatorin betreut hat. Auch danken wir dem Verlag und dort Frau Astrid Stanke, welche professionell und geduldig die dritte Auflage begleitet hat. Die Herausgeber wünschen sich, dass auch diese dritte Auflage wiederum großen Anklang in Praxis und Wissenschaft findet und der Benutzer in seiner täglichen Praxis wertvolle Unterstützung erfährt.

Nürnberg/Mannheim, im Oktober 2016

Prof. Dr. Siegfried Beck  
– Fachanwalt für Insolvenzrecht –  
– Fachanwalt für Steuerrecht –

Peter Depré  
– Fachanwalt für Insolvenzrecht –  
– Fachanwalt für Bank- und  
Kapitalmarktrecht –  
– Wirtschaftsmediator (cvm) –

## Vorwort zur 2. Auflage

Im Altertum konnte der zahlungsunfähige Schuldner vom Gläubiger als Arbeitssklave eingesetzt werden. Im Mittelalter sperrte man ihn bis zu seiner „Auslösung“ in den Schuldturm. Noch im 20. Jahrhundert bedeutete der Konkurs den „bürgerlichen Tod“ des Schuldners. Konkurszweck war nach damaligem Verständnis die Eliminierung lebensunfähiger Unternehmen aus dem Wirtschaftskreislauf.

Die Insolvenzordnung mit ihren tiefgreifenden Veränderungen fördert dagegen nunmehr – neben dem Primärziel der Haftungsverwirklichung – auch die Befreiung des redlichen Schuldners von seinen restlichen Verbindlichkeiten (§ 1 InsO) und den Erhalt von Unternehmen. Wirtschaftliche Zielsetzungen und soziale Gesichtspunkte sind in den Vordergrund gerückt. Welch ein Bewusstseinswandel! Dennoch dürfen – trotz der neu eingeführten, schuldnerfreundlichen Rechtsinstitute wie dem Insolvenzplan, der Restschuldbefreiung und der Eigenverwaltung – die Gläubigerrechte nicht vernachlässigt werden. Die bestmögliche und gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger bleibt Kernziel des Insolvenzverfahrens.

Wegen des wirtschaftlichen Unvermögens, eingegangene Verpflichtungen einzulösen, kollidiert das Insolvenzrecht ständig mit anderen Teilrechtsgebieten, die gerade auf der Erfüllung dieser Pflichten aufbauen. Dies stellt die Beteiligten – zudem unter dem Zeitdruck einer Insolvenz – vor schwierigste wirtschaftliche und rechtliche Entscheidungen.

Vor einem solchen Hintergrund ist es ein besonderes Anliegen des Handbuchs, eine praxisorientierte Darstellung der komplexen Problemfelder anzubieten. Das Buch ist an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis angesiedelt. Es soll den Beteiligten einen Zugang zu den täglichen Problemen eines Insolvenzverfahrens ermöglichen und darüber hinaus sachkundige Hilfe zur Bewältigung der dogmatischen Fallstricke des Insolvenzrechts geben.

Ein Praxishandbuch lebt unmittelbar von der eigenen Erfahrung der Autoren. Da die Praxis aber nicht stillsteht, sind die Herausgeber jetzt schon für konstruktive Kritik und für Hinweise zu alternativen Lösungsansätzen offen.

Die Herausgeber danken Herrn Rechtsanwalt Michael Beck für die engagierte Betreuung der verlegerischen Belange sowie für die wertvolle inhaltliche und redaktionelle Unterstützung.

Nürnberg/Mannheim, im Dezember 2009

Dr. Siegfried Beck  
– Fachanwalt für Insolvenzrecht –  
– Fachanwalt für Steuerrecht –

Peter Depré  
– Fachanwalt für Insolvenzrecht –  
– Fachanwalt für Bank- und  
Kapitalmarktrecht –  
– Wirtschaftsmediator (cvm) –



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis .....	XLIX
Bearbeiterverzeichnis .....	XCV
Einleitung .....	1

### 1. Teil. Grundlagen

§ 1. Der Verfahrensablauf und die Verfahrensziele im Überblick .....	1
§ 2. Insolvenzgründe .....	34
§ 3. Die Beteiligten im Insolvenzverfahren .....	82

### 2. Teil. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

§ 4. Die richterliche Tätigkeit im Eröffnungsverfahren .....	151
§ 5. Sicherungsmaßnahmen und vorläufige Insolvenzverwaltung .....	215
§ 6. Das Sachverständigengutachten .....	269

### 3. Teil. Das eröffnete Insolvenzverfahren

§ 7. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung .....	293
§ 8. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts .....	300
§ 9. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters .....	340
§ 10. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses .....	356
§ 11. Insolvenzforderungen .....	384
§ 12. Masseverbindlichkeiten .....	440
§ 13. Die massearme Insolvenz .....	461

### 4. Teil. Die Bereinigung der Insolvenzmasse

§ 14. Aussonderung .....	511
§ 15. Absonderung .....	528
§ 16. Anfechtung .....	574
§ 17. Aufrechnung .....	663

### 5. Teil. Betriebsfortführung in der Insolvenz

§ 18. Der Geschäftsbetrieb in der Insolvenz .....	679
§ 19. Die wirtschaftlich-organisatorischen Maßnahmen zur Betriebsfortführung .....	687

**6. Teil. Vertragsbeziehungen in der Insolvenz**

§ 20. Einführung .....	719
§ 21. Gegenseitige nicht vollständig erfüllte Verträge, §§ 103–107 InsO ....	723
§ 22. Dauerschuldverhältnisse .....	750
§ 23. Aufträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Vollmachten .....	778
§ 24. Lösungsklauseln, § 119 InsO .....	784

**7. Teil. Die Stellung der Kreditinstitute im Insolvenzverfahren**

§ 25. Bankenverhalten/Bankengeschäfte im Vorfeld einer Kundeninsolvenz .....	787
§ 26. Bankenverhalten/Bankengeschäfte in der Kundeninsolvenz .....	798

**8. Teil. Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz**

§ 27. Individualarbeitsrecht .....	837
§ 28. Kollektives Arbeitsrecht .....	901
§ 29. Insolvenzgeld .....	1009
§ 30. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz .....	1093

**9. Teil. Gesellschaftsrecht in der Insolvenz**

§ 31. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Insolvenz .....	1145
§ 32. Grundsätzliches zur Konzern- bzw. Gruppeninsolvenz .....	1176
§ 33. Haftung der Organe, Gesellschafter und handelnde Personen .....	1185

**10. Teil. Rechnungslegung und Steuerrecht in der Insolvenz**

§ 34. Buchführung, Rechnungslegung .....	1201
§ 35. Steuern in der Insolvenz .....	1209

**11. Teil. Öffentliches Recht in der Insolvenz**

§ 36. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters .....	1263
§ 37. Insolvenzstrafrecht .....	1311

**12. Teil. Internationales Insolvenzrecht**

§ 38. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen .....	1395
§ 39. Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug .....	1406

**13. Teil. Insolvenz natürlicher Personen**

§ 40. Verbraucherinsolvenz .....	1475
§ 41. Restschuldbefreiung .....	1493
§ 42. Die Insolvenz des Freiberuflers .....	1513

**14. Teil. Sonderinsolvenzen**

§ 43. Insolvenzplan .....	1525
§ 44. Die Eigenverwaltung .....	1622
§ 45. Besondere Vermögensmassen .....	1677
§ 46. Nachlassinsolvenz .....	1682

**15. Teil. Haftung der Beteiligten**

§ 47. Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters .....	1705
§ 48. Haftung des (vorläufigen) Sachwalters in Eigenverwaltung .....	1768
§ 49. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses .....	1772
§ 50. Haftung des Insolvenzgerichts .....	1779

**16. Teil. Vergütung der Beteiligten**

§ 51. Die Vergütung des Insolvenzverwalters .....	1785
§ 52. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	1803
§ 53. Die Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters .....	1809
§ 54. Die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder .....	1810
§ 55. Die Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters .....	1812
§ 56. Die Vergütung des Sachverständigen .....	1813
§ 57. Die Vergütung im Verbraucherinsolvenzverfahren .....	1815

**17. Teil. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren**

§ 58. Die Rechtsmittelzüge im Einzelnen .....	1819
Sachverzeichnis .....	1831



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis .....	XLIX
Bearbeiterverzeichnis .....	XCV
<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>1. Teil. Grundlagen</b>	
<b>§ 1. Der Verfahrensablauf und die Verfahrensziele im Überblick</b> .....	<b>1</b>
A. Das Insolvenzverfahren als Rechtsinstitut zur Haftungsrealisierung .....	1
I. Struktur eines Insolvenzverfahrens .....	1
II. Gesetzgeberische Ziele .....	1
1. Primärziel: Gleichmäßige Gläubigerbefriedigung .....	2
2. Sekundärziel: Restschuldbefreiung natürlicher Personen .....	2
3. Verfahrensziele der Unternehmensinsolvenz im Besonderen .....	3
B. Das Insolvenzeröffnungsverfahren .....	7
I. Regelinsolvenzverfahren .....	7
1. Insolvenzfähigkeit .....	7
2. Antragserfordernis .....	8
3. Eröffnungsgründe .....	11
4. Einsatz von Sachverständigen .....	11
5. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren .....	12
6. Abschluss des Eröffnungsverfahrens .....	12
II. Eigenverwaltungsverfahren .....	15
1. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren, § 270a InsO .....	16
2. Schutzschirmverfahren, § 270b InsO .....	16
C. Das eröffnete Verfahren .....	17
I. Regelinsolvenzverfahren .....	17
1. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung .....	17
2. Sofortmaßnahmen des Insolvenzverwalters .....	19
3. Auswirkungen auf schwebende Rechtsverhältnisse .....	21
4. Massebereinigung und -anreicherung .....	24
5. Geltendmachung von Gläubigerforderungen .....	26
6. Exkurs: Berichts- und Prüfungstermin .....	27
II. Eigenverwaltungsverfahren .....	29
III. Insolvenzplanverfahren .....	29
E. Verteilung der Insolvenzmasse und Verfahrensabschluss .....	30
I. Verteilung der Insolvenzmasse .....	30
1. Berichtigung der Masseverbindlichkeiten .....	30
2. Befriedigung der Sicherheitengläubiger .....	30
3. (Quotale) Befriedigung der Insolvenzgläubiger .....	31
II. Verfahrensabschluss .....	33
1. Aufhebung .....	33
2. Einstellung .....	33
3. Insolvenzplan .....	33

<b>§ 2. Insolvenzgründe</b> .....	34
A. Insolvenzfähigkeit .....	34
I. Grundlagen .....	34
II. Insolvenzfähige Personen .....	35
1. Natürliche Personen .....	35
2. Juristische Personen .....	35
3. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit .....	37
4. Sondervermögen gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 2 InsO .....	38
5. Ausländische Gesellschaften und Vermögensmassen .....	38
B. Zahlungsunfähigkeit .....	39
I. Bedeutung .....	39
1. Eröffnungsgrund .....	39
2. Tatbestandsvoraussetzung für andere Normen .....	39
II. Grundlagen .....	40
1. Begriffsbestimmung .....	40
2. Objektive Bestimmung der Zahlungsunfähigkeit .....	41
3. Feststellung der Zahlungsunfähigkeit, Zahlungseinstellung .....	41
III. Elemente der Zahlungsunfähigkeit .....	41
1. Zahlungspflichten .....	41
2. Zahlungsmittel .....	45
IV. Zeitliche und quantitative Eingrenzung der Zahlungsunfähigkeitselemente .....	46
1. Abgrenzung zur unbeachtlichen Zahlungsstockung .....	46
2. Unschädliche „geringfügige Liquiditätslücken“ .....	47
V. Prüfung der Zahlungsunfähigkeit ex ante .....	50
1. Praktische Vorgehensweise .....	50
2. Rechnerische Ermittlung .....	52
VI. Zahlungseinstellung .....	53
1. Normzweck .....	53
2. Begriffsbestimmung .....	54
3. Typische Erkennungsformen .....	54
4. Beseitigung der Zahlungseinstellung .....	57
VII. Feststellung der Zahlungsunfähigkeit ex post .....	57
1. Zahlungseinstellung .....	57
2. Betriebswirtschaftliche Methode ex post .....	58
3. Wirtschaftskriminalistische Methode .....	59
C. Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	59
I. Normzweck .....	59
II. Anwendungsbereich .....	60
1. Grundsatz .....	60
2. Tatbestand für andere Normen .....	60
III. Definition der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	61
1. Zahlungspflichten des Schuldners .....	61
2. Künftige Liquidität .....	62
IV. Ermittlung der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	62
1. Grundsatz .....	62
2. Liquiditätsplan .....	63
3. Prognosezeitraum .....	63
V. Besonderheiten bei der Insolvenzantragstellung .....	64
1. Antragsbefugnis .....	64
2. Glaubhaftmachung Insolvenzgrund .....	65

D. Überschuldung .....	65
I. Normzweck und Bedeutung .....	65
II. Anwendungsbereich .....	67
III. Begriff der Überschuldung .....	67
1. Zweistufiger Überschuldungsbegriff .....	67
2. Modifizierter zweistufiger Überschuldungsbegriff .....	68
3. Stellungnahme und Bewertung .....	69
IV. Prüfungsreihenfolge der Überschuldung .....	70
1. Methodischer Ansatz .....	70
2. Prüfung im konkreten Fall .....	70
V. Fortbestehensprognose .....	71
1. Definition .....	71
2. Beweislast .....	73
VI. Überschuldungsstatus .....	73
1. Grundlagen .....	73
2. Ansatz und Bewertung im Überschuldungsstatus .....	74
<b>§ 3. Die Beteiligten im Insolvenzverfahren .....</b>	<b>82</b>
A. Das Insolvenzgericht .....	82
I. Allgemeines zur Beteiligtenstellung .....	82
II. Das Insolvenzgericht als Beteiligter .....	83
III. Die gerichtlichen Entscheidungsträger .....	84
IV. Die Aufgaben von Richter und Rechtspfleger .....	85
1. Funktionelle Zuständigkeit .....	85
B. Der Insolvenzverwalter .....	90
I. Qualifikation und Eignung .....	90
II. Das Vorauswahlverfahren .....	91
1. Zweck des Vorauswahlverfahrens .....	91
2. Durchführung des Vorauswahlverfahrens .....	92
3. Voraussetzungen für die Vorauswahl .....	94
4. Mitwirkung der Gläubiger bei der Vorauswahl .....	97
III. Die Bestellung im konkreten Verfahren .....	97
1. Bestellungsverfahren .....	97
2. Kriterien für die Bestellung .....	98
3. Die Mitwirkung der Gläubiger .....	100
C. Der Sonderinsolvenzverwalter .....	102
I. Bestellung und Aufgaben .....	102
II. Rechtliche Verhinderung des Insolvenzverwalters .....	103
III. Tatsächliche Verhinderung des Insolvenzverwalters .....	104
IV. Haftung, Vergütung, Rechnungslegung .....	104
D. Der Schuldner .....	104
I. Die Beteiligung des Schuldners am Insolvenzverfahren .....	104
II. Die Haftung des Schuldners .....	105
III. Die Person des Schuldners .....	106
IV. Die Teilnahme des Schuldners am Verfahren .....	108
1. Eigenantrag und Antragspflicht .....	108
2. Stellung des Eigenantrags .....	111
3. Eigenantrag bei Verbraucherinsolvenz .....	113
4. Insolvenzgründe bei Eigenantrag .....	113
5. Ermittlung und Sicherung des Vermögens .....	115

E. Die Insolvenzgläubiger .....	116
I. Die Teilnahme der Insolvenzgläubiger am Verfahren .....	116
II. Der Begriff der Insolvenzgläubiger .....	117
1. Gläubigerbegriff .....	117
2. Persönliche Gläubigerschaft und haftungsrechtliche Zuweisung .....	117
3. Rechtsgrund persönlicher Forderungen .....	118
4. Insolvenzforderungen .....	118
III. Die nachrangigen Insolvenzgläubiger .....	122
1. Grund des Nachrangs .....	122
2. Die Eigenschaft als Insolvenzgläubiger .....	122
3. Die nachrangigen Forderungen .....	122
4. Chancen der Befriedigung im Verfahren .....	125
IV. Gläubiger und Insolvenzverfahren .....	126
1. Insolvenzkalkül .....	126
2. Die Teilnahme der Insolvenzgläubiger am Verfahren .....	127
F. Die Gläubigerversammlung .....	139
I. Die Gläubigerautonomie als Prinzip des Insolvenzrechts .....	139
II. Bedeutung .....	139
III. Aufgaben .....	140
IV. Einberufung .....	141
V. Abstimmung .....	143
G. Der Gläubigerausschuss .....	144
I. Zweck und Rechtsstellung .....	144
II. Aufgaben .....	145
III. Bildung und Zusammensetzung .....	147
IV. Beschlussfassung .....	148
V. Haftung .....	149
VI. Vergütung .....	149
VII. Exkurs: Der Gläubigerbeirat .....	150

## 2. Teil. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

§ 4. Die richterliche Tätigkeit im Eröffnungsverfahren .....	151
A. Zulassungsprüfung .....	151
I. Allgemeines .....	151
II. Eingang des Antrags beim Insolvenzgericht und geschäftsmäßige Behandlung .....	152
III. Verfahrensvoraussetzungen .....	154
IV. Verfahrensgrundsätze .....	154
1. Amtsermittlungsgrundsatz .....	154
2. Beschleunigungsgrundsatz .....	155
3. Rechtliches Gehör .....	155
V. Insolvenzantragsverfahren .....	158
1. Insolvenzfähigkeit .....	158
2. Zuständigkeit (§§ 2, 3, 4, 13 ff. InsO) .....	159
3. Antragsform und Antragsberechtigung .....	164
4. Antrag des Schuldners (§ 13 Abs. 1 InsO) .....	166
5. Antrag jedes Gläubigers (§§ 13 Abs. 1, 14 Abs. 1 15 Abs. 1 InsO) .....	176
6. Masseprüfung im Eröffnungsverfahren (§§ 11 ff. InsO) .....	185
7. Beauftragung eines Sachverständigen (§ 5 Abs. 1 S. 2 InsO) .....	190

B. Vorläufige Sicherungsmaßnahmen und Einzelanordnungen (§§ 21 ff. InsO) .....	194
I. Die einzelnen Sicherungsmaßnahmen .....	194
1. Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters (§ 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO) .....	194
2. Die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses (§ 21 Abs. 2 Nr. 1a InsO) .....	196
3. Die Anordnung eines allgemeinen Verfügungsverbots (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO) .....	197
4. Die Untersagung oder einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung in alle bewegliche Sachen (§ 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO) .....	197
5. Anordnung gem. § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO .....	197
6. Die Anordnung der Postsperre (§§ 21 Abs. 2 Nr. 4, 99 InsO) .....	197
7. Die zwangsweise Vorführung und/oder Verhaftung des Schuldners bzw. dessen organschaftlichen Vertreters (§ 21 Abs. 3 iVm § 98 Abs. 3 InsO) .....	198
8. Weitere Sicherungsmaßnahmen (§ 21 Abs. 1 InsO) .....	198
II. Bekanntmachungen und Verfügungen in Zusammenhang mit der Anordnung von Verfügungsbeschränkungen .....	199
1. Bekanntmachungen (§§ 9, 23 Abs. 1 S. 1 InsO) .....	199
2. Zustellungen (§§ 8, 23 Abs. 1 S. 2 InsO) und Mitteilungen (§§ 8, 23 Abs. 3 InsO) sowie MiZi IX .....	200
3. Wirkungen und Verstöße (§ 24 InsO iVm §§ 81 f. InsO) .....	200
4. Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen (§ 25 InsO) und Bekanntmachung (§ 23 InsO entspr.) .....	201
C. Die Massearmut und die Folgen .....	201
I. Feststellung der Massearmut .....	201
II. Kostenvorschuss (§ 26 Abs. 1 Satz 2 InsO) .....	203
III. Verfahrenskostenstundung .....	203
IV. Die richterliche Entscheidung .....	204
V. Folgen der Abweisung mangels Masse .....	205
VI. Kostentragung bei Abweisung mangels Masse .....	205
VII. Neuer Antrag bei vorausgegangener Abweisung mangels Masse .....	206
D. Antragsrücknahme und Hauptsacheerledigung .....	207
I. Rücknahme .....	207
II. Erledigung .....	207
E. Tod des Schuldners im Insolvenzverfahren .....	208
F. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	209
I. Die Insolvenzeröffnung .....	210
II. Die Eingangsentscheidung bei natürlichen Personen .....	210
III. Der Eröffnungsbeschluss (§ 27 InsO) .....	211
IV. Öffentliche Bekanntmachung und Mitteilungen .....	212
V. Zuständigkeit für das Verfahren nach der Insolvenzeröffnung .....	213
VI. Mittelbare Folgen der Insolvenzeröffnung .....	213
VII. Kosten und Auslagen .....	214
<b>§ 5. Sicherungsmaßnahmen und vorläufige Insolvenzverwaltung .....</b>	<b>215</b>
A. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren .....	215
I. Allgemeines .....	215

II. Zielrichtungen der Sicherungsmaßnahmen .....	216
1. Gläubigerschutz .....	216
2. Schuldnerschutz .....	216
3. Vermögensschutz im Ganzen .....	217
III. Maßnahmen allgemein .....	217
1. Verfügungsbeschränkungen .....	218
2. Einstellung oder Untersagung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen .....	219
3. Postsperre .....	219
4. Verbot der Verwertung oder Einziehung .....	220
5. Maßnahmen gegen die Person .....	220
B. Die vorläufige Insolvenzverwaltung .....	221
I. Allgemeines .....	221
II. Anforderungen an einen vorläufigen Insolvenzverwalter .....	221
III. Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	222
1. Der „starke“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	224
2. Der „schwache“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	251
3. Der „halbstarke“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	257
4. Besondere Befugnisse und Rechte – aller – vorläufiger Insolvenzverwalter .....	260
IV. Steuerrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	263
1. Der „starke“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	263
2. Der „schwache“ und der „halbstarke“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	265
V. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	267
VI. Die Rechnungslegungspflicht des vorläufigen Verwalters .....	267
1. Allgemeines .....	267
2. Art und Umfang der Rechnungslegungspflicht .....	267
3. Ausnahmen der Rechnungslegungspflicht .....	268
VII. Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	268
VIII. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	268
<b>§ 6. Das Sachverständigen Gutachten .....</b>	<b>269</b>
A. Der Gutachter .....	269
I. Vorbemerkung .....	269
II. Rechtsgrundlagen .....	270
1. Isolierte Gutachterbestellung .....	270
2. Kombinierte Gutachterbestellung .....	270
III. Aufgaben des Gutachters .....	271
1. Sofortinformation .....	271
2. Gutachtenserstellung .....	272
IV. Befugnisse des Gutachters .....	272
B. Aufbau und Inhalt des Gutachtens .....	273
I. Vorarbeiten/Erkenntnisquellen .....	273
1. Ermittlungen an Ort und Stelle .....	273
2. Schuldnerinformationen .....	274
3. Bankauskünfte .....	275
4. Öffentliche Stellen .....	277
5. Finanzamt .....	277
6. Sonstige Erkenntnisquellen .....	278
7. Spezielle Wertgutachter .....	278

*Inhaltsverzeichnis* *XIX*

II. Das Gutachten .....	279
1. Aufbau/Gliederung .....	279
2. Vermögensübersicht .....	282
3. Prüfungsaussagen und Prüfungsergebnisse .....	285

**3. Teil. Das eröffnete Insolvenzverfahren**

<b>§ 7. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung .....</b>	<b>293</b>
A. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis .....	293
I. Grundprinzip .....	293
II. Leistungen an den Schuldner .....	295
B. Stellung des Schuldners und seiner Organe .....	295
I. Allgemeines .....	295
II. Konsequenzen aus dem Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis .....	296
III. Befugnisse von Insolvenzverwalter und Gesellschaftsorganen im Einzelnen .....	297
C. Auswirkungen auf Rechtsstreite .....	298
I. Allgemeines .....	298
II. Aktivprozesse .....	298
III. Passivprozesse .....	299
IV. Prozesse ohne Vermögensbezug .....	299
V. Andere Verfahren, insbesondere Selbständiges Beweisverfahren .....	300
<b>§ 8. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzgerichts .....</b>	<b>300</b>
A. Einleitung .....	300
B. Allgemeines .....	300
I. Aufgaben der Insolvenzgerichte und die Anforderungen .....	300
II. Zuständigkeit des Insolvenzgerichts als besonderes Vollstreckungsgericht .....	303
1. Insolvenzeröffnungsverfahren .....	304
2. Eröffnetes Verfahren .....	304
3. Wohlverhaltensphase .....	304
C. Vom Insolvenzantrag bis zur Verfahrenseröffnung oder Abweisung .....	305
I. Der Insolvenzantrag – Beginn der Tätigkeit des Insolvenzgerichts .....	305
II. Verfahrensgrundsätze .....	305
III. Leitung und Beauftragung von Hilfskräften .....	305
1. Leitfunktion und Anordnungsbefugnis .....	305
2. Beauftragung von Hilfskräften .....	306
IV. Überwachung von Sicherungsmaßnahmen und vorläufiger Insolvenzverwalter .....	311
V. Abschluss des Insolvenzeröffnungsverfahrens .....	312
D. Der Eröffnungsbeschluss und seine Folgen .....	312
I. Bedeutung des Eröffnungsbeschlusses .....	312
II. Funktionelle Zuständigkeit .....	313
III. Auswahl und Ernennung des Insolvenzverwalters .....	313
1. Kriterien der Auswahl .....	313

2. Sonderinsolvenzverwalter .....	316
3. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters .....	317
4. Fehlerhafte Auswahl .....	317
5. Bestallungsurkunde .....	318
6. Vorläufigkeit der Bestellung .....	318
IV. Terminbestimmung .....	319
E. Aufgaben des bestellten Insolvenzverwalters .....	320
I. Inbesitznahme des Schuldnervermögens .....	320
II. Vorlage von Verzeichnissen, Vermögensübersicht und Bericht des Verwalters .....	321
F. Überwachungs- und Leitfunktion des Gerichts im eröffneten Verfahren .....	322
I. Allgemeines .....	322
II. Aufsicht über den Verwalter .....	323
1. Die Überwachungspflicht ist auch ein Überwachungsrecht .....	323
2. Informationsrecht des Gerichts .....	324
3. Rechnungslegung .....	325
4. Pflichtverstöße .....	325
III. Zwangsmittel gegen den Insolvenzverwalter .....	326
IV. Entlassung des Verwalters (§ 59 InsO) und Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit .....	327
1. Ablehnung des Insolvenzverwalters wegen Besorgnis der Befangenheit .....	327
2. Entlassung des Insolvenzverwalters aus einem wichtigen Grund .....	327
V. Streichung von der Vorauswahlliste (Delistung) .....	328
VI. Sicherungsmaßnahmen im eröffneten Verfahren .....	329
1. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen .....	329
2. Überwachung der Sicherungsmaßnahmen durch den Insolvenzverwalter .....	330
G. Einsetzung eines Gläubigerausschusses .....	330
H. Der Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO) .....	331
I. Leitfunktion des Insolvenzgerichts in den Terminen .....	333
I. Allgemeines .....	333
II. Der Berichtstermin .....	324
III. Der Prüfungstermin und weitere Termine .....	336
J. Der Abschluss des Insolvenzverfahrens .....	337
I. Verteilung .....	337
II. Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis .....	338
III. Der Schlusstermin .....	338
K. Die Aufhebung und Beendigung des Verfahrens .....	339
L. Die Wohlverhaltensphase im Rahmen der Restschuldbefreiung .....	339
M. Grenzen der Überwachung und Leitung .....	339
<b>§ 9. Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters .....</b>	<b>340</b>
A. Erfassen und Sichern des Vermögens .....	341
I. Umfang der Vermögenserfassung und -sicherung .....	341
II. Inbesitznahme der Insolvenzmasse .....	343

*Inhaltsverzeichnis*

XXI

III. Die Herausgabevollstreckung .....	344
IV. Sicherung von Wertgegenständen .....	345
V. Entscheidung über die Behandlung der Wertgegenstände .....	346
VI. Siegelung .....	347
VII. Verzeichnis der Massegegenstände und Bewertung .....	347
1. Allgemeines .....	347
2. Inhalt des Verzeichnisses .....	348
VIII. Gläubigerverzeichnis .....	349
IX. Vermögensübersicht .....	349
B. Massebereinigung .....	349
I. Allgemeines .....	349
II. Aussonderung .....	350
1. Allgemeines .....	350
2. Nutzungsüberlassung .....	350
III. Absonderung .....	352
IV. Insolvenzanfechtung .....	353
C. Betriebsfortführung .....	355
<b>§ 10. Bildung, Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses .....</b>	<b>356</b>
A. Bildung eines Gläubigerausschusses .....	357
I. Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens .....	357
1. Voraussetzungen für einen zwingenden vorläufigen Gläubigeraus- schuss im Eröffnungsverfahren gem. § 22a Abs. 1 InsO .....	357
2. Fakultativer vorläufiger Gläubigerausschuss, § 22a Abs. 2 InsO .....	358
3. Gründe für einen Verzicht auf einen vorläufigen Gläubigerausschuss, § 22a Abs. 3 InsO .....	358
4. Zusammensetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses .....	359
5. Aufgaben und Pflichten des vorläufigen Gläubigerausschusses .....	361
6. Voraussetzungen für ein Handeln des vorläufigen Gläubigeraus- schusses im Eröffnungsverfahren .....	363
7. Rechte des vorläufigen Gläubigerausschusses gegenüber anderen Beteiligten .....	364
II. Einsetzung eines ersten (vorläufigen) Gläubigerausschusses im eröffneten Insolvenzverfahren durch das Insolvenzgericht .....	364
1. Fallkonstellationen eines vorläufigen Gläubigerausschusses im eröff- neten Insolvenzverfahren .....	365
2. Unterschiede zwischen einem vorläufigen Gläubigerausschuss im eröffneten Insolvenzverfahren und dem Gläubigerausschuss auf Beschluss der Gläubigerversammlung .....	366
3. Zulässigkeit eines vorläufigen Gläubigerausschusses nach der ersten Gläubigerversammlung .....	367
4. Gläubigerbeirat als Alternative zum Gläubigerausschuss .....	367
III. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die Einsetzung eines Gläubigerausschusses .....	368
IV. Besetzung des Gläubigerausschusses .....	368
1. Sollzusammensetzung des Gläubigerausschusses .....	369
2. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die Anzahl und die Personen des Gläubigerausschusses .....	369
3. Entscheidung der Gläubigerversammlung über die vom Insolvenz- gericht bestellten Mitglieder .....	370

4. Voraussetzungen für eine Tätigkeit als Gläubigerausschussmitglied ....	371
5. Bestellung von nicht am Verfahren beteiligten Personen .....	371
6. Übernahme des Amtes durch das Gläubigerausschussmitglied .....	372
7. Abwahl vorher gewählter Gläubigerausschussmitglieder .....	372
V. Entlassung von Gläubigerausschussmitgliedern .....	373
VI. Amtsniederlegung durch Mitglieder des Gläubigerausschusses .....	374
B. Rechtsstellung des Gläubigerausschusses .....	374
C. Die Aufgaben des Gläubigerausschusses im Insolvenzverfahren .....	375
I. Aufgabenumschreibung des § 69 InsO .....	375
1. Unterstützung des Insolvenzverwalters .....	376
2. Überwachung des Insolvenzverwalters .....	376
3. Pflicht, sich über den Gang der Geschäfte zu unterrichten .....	376
4. Pflicht zur Prüfung des Geldverkehrs und des Geldbestands .....	377
II. Besondere Aufgaben, Rechte und Pflichten des Gläubigerausschusses .....	377
1. Auskunftsrechte gegenüber dem Insolvenzschuldner .....	377
2. Bestimmungs-, Zustimmungs- und Genehmigungsrechte .....	378
3. Einberufung der Gläubigerversammlung/Entlassung des Insolvenzverwalters .....	381
D. Beschlussfassung im Gläubigerausschuss .....	381
E. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses .....	382
<b>§ 11. Insolvenzforderungen</b> .....	384
Einleitung .....	384
I. Begriff des Insolvenzgläubigers .....	385
1. Persönlicher Gläubiger .....	385
II. Zurzeit der Verfahrenseröffnung begründet .....	387
1. Dauerschuldverhältnisse .....	387
2. Bedingte und betagte Ansprüche .....	388
3. Ausnahme: vorläufiger Insolvenzverwalter mit Verfügungsbefugnis ...	389
4. Ausnahme Steuerverbindlichkeiten beim „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalter .....	390
5. Ausnahme: Einzelmächtigung .....	390
III. Vermögensanspruch .....	391
IV. Gegen den Schuldner .....	391
B. Rechte der Insolvenzgläubiger .....	392
I. Insolvenzantragsrecht .....	393
II. Unterbrechung von Prozessen .....	393
III. Einzelzwangsvollstreckung .....	394
IV. Aufrechnung .....	394
V. Aus- und Absonderungsrechte .....	395
VI. Auskunftsansprüche .....	396
VII. Teilnahme an Gerichtsterminen/Abstimmung .....	397
VIII. Teilnahme am Berichtstermin incl. taktischem Verhalten .....	398
IX. Mitgliedschaft im Gläubigerausschuss, taktisches Verhalten .....	400
C. Anmeldung einer Forderung zur Insolvenztabelle .....	401
I. Anmeldbare Forderungen .....	401
II. Adressat der Forderungsanmeldung .....	402
III. Frist für die Anmeldung .....	403

IV. Inhalt und Form der Anmeldung .....	404
V. Anlagen zur Anmeldung .....	406
VI. Aufforderung zur Anmeldung nachrangiger Forderungen .....	406
D. Behandlung eingehender Forderungsanmeldungen durch den Verwalter .....	407
I. Aktenmäßige Erfassung .....	407
II. Aufstellung der Tabelle .....	407
III. Behandlung unzulässiger Anmeldungen .....	408
E. Ablauf des Prüfungstermins .....	409
I. Veröffentlichung/Teilnahmeberechtigung .....	410
II. Prüfung durch Verwalter .....	410
1. Anerkennen .....	411
2. Teilweises Anerkennen .....	412
3. Anerkennen für den Ausfall .....	412
4. Bestreiten .....	417
5. Vorläufiges Bestreiten .....	417
6. Nachträgliches Anerkennen .....	418
7. Bedingte Forderungen .....	419
8. Betagte Forderungen .....	419
9. Gesamtschuldner .....	420
10. Bürgen und Mitverpflichtete .....	420
III. Widerspruchsrecht der Gläubiger und des Schuldners .....	423
IV. Eintragung des Prüfungsergebnisses in die Tabelle .....	424
V. Mitteilung an Gläubiger .....	424
VI. Sonderfall: Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen, aus vorsätzlich pflichtwidriger Verletzung gesetzlicher Unterhaltspflichten des Schuldners und wegen Steuerstraftaten nach §§ 370, 373 oder 374 AO .....	425
F. Nachträgliche Änderung der Tabelle .....	427
I. Schriftliches Anerkennen .....	427
II. Ergänzung durch Gläubiger .....	428
III. Reduzierung durch Gläubiger .....	428
IV. Rücknahme durch Gläubiger .....	429
V. Sonderfall Insolvenzplan .....	430
G. Feststellungsklage .....	431
I. Betreibenslast .....	432
II. Zuständigkeit .....	432
III. Kosten .....	433
IV. Vollstreckung .....	433
V. Änderungen des Verteilungsverzeichnisses .....	434
H. Verteilungsverzeichnis/Verteilung .....	434
<b>§ 12. Masseverbindlichkeiten</b> .....	440
Einleitung .....	440
A. Begriff der „Masseverbindlichkeiten“ .....	441
B. Massekosten .....	442
C. Masseschulden .....	443
I. Betrachtung der Masseschulden nach Zeitabschnitten .....	443
1. Grundregel: Entstehung nach Insolvenzeröffnung .....	443
2. Ausnahme: Entstehung vor der Insolvenzeröffnung .....	444

II. Betrachtung der Masseschulden nach Verursachung .....	448
1. Vom Insolvenzverwalter begründet .....	448
2. Vom Schuldner begründet .....	448
3. Sonderfall: Öffentliche Lasten, insbesondere Steuerverpflichtungen ....	448
4. Sonderfall: Nachlassinsolvenzverfahren .....	449
5. Weitere Ausnahmen .....	451
III. Betrachtung der Masseschulden nach Befriedigungsreihenfolge .....	451
1. Grundsatz: vollständige, sofortige Befriedigung .....	451
2. Ausnahme: Masseunzulänglichkeit .....	451
3. Sonderfall: Sozialplanansprüche .....	451
IV. Die Durchsetzung von Masseansprüchen .....	453
1. Verrechnung .....	453
2. Erkenntnisverfahren .....	453
3. Zwangsvollstreckung – Grundsätze .....	454
4. Zwangsvollstreckung – Ausnahmen .....	454
V. Aufhebung und Einstellung des Insolvenzverfahrens .....	455
D. Organisation im Verwalterbüro („Massetabelle“) .....	457
I. Einrichtung einer Massetabelle .....	457
II. „Heimlich“ entstehende Masseverbindlichkeiten .....	458
E. Falsche Behandlung von Masseverbindlichkeiten .....	459
I. Falsche Handhabung durch Massegläubiger .....	459
1. Masseforderung als Insolvenzforderung .....	459
2. Insolvenzforderung als Masseverbindlichkeit .....	459
II. Falsche Handhabung durch Insolvenzverwalter .....	460
1. Falsche Verteilung von Geld .....	460
2. Verspätete Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	461
3. Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten .....	461
<b>§ 13 Die massearme Insolvenz</b> .....	461
A. Vorbemerkungen .....	462
I. Historische Entwicklungen .....	462
II. Statistik .....	463
III. Begrifflichkeiten und Systematik .....	463
1. Fehlende Verfahrenskostendeckung im Eröffnungsverfahren (§ 26 InsO) .....	463
2. Fehlende Verfahrenskostendeckung nach Insolvenzeröffnung (§ 207 InsO) .....	464
3. Masseunzulänglichkeit (§§ 208 ff. InsO) .....	464
IV. Möglichkeiten zur Vermeidung einer massearmen Insolvenz .....	465
1. Verfahrenskostenstundung nach § 4a InsO .....	465
2. Kostenvorschuss nach § 207 Abs. 1 S. 2 InsO .....	465
3. Weitere Maßnahmen zur Anreicherung der Insolvenzmasse .....	466
B. Die Einstellung mangels Masse gemäß § 207 InsO .....	467
I. Die Ermittlung der Massearmut .....	467
1. Aktivmasse .....	467
2. Verfahrenskosten .....	468
3. Verwaltungskosten .....	468
II. Aufgaben des Insolvenzverwalters .....	469
III. Aufgaben des Insolvenzgerichts .....	470

IV. Verfahrensgang .....	470
1. Anregung durch den Insolvenzverwalter .....	470
2. Einstellungsbeschluss .....	470
3. Veröffentlichung .....	471
4. Gläubigerbeteiligung (§ 207 Abs. 2 InsO) .....	471
5. Rechtsmittel (§ 216 InsO) .....	471
V. Verfahrensabwicklung .....	472
1. Bis zur tatsächlichen Einstellung des Verfahren .....	472
2. Rechtsfolgen nach Einstellung des Verfahrens .....	472
3. Vollstreckungsverbot .....	473
4. Auswirkungen auf laufende Rechtsstreitigkeiten .....	473
5. Nachtragsverteilung .....	474
6. Steuerliche Pflichten .....	475
C. Die Masseunzulänglichkeit gemäß §§ 208 ff. InsO .....	475
I. Die Ermittlung der Masseunzulänglichkeit .....	475
1. Aktivmasse .....	475
2. Verfahrenskosten .....	475
3. Masseverbindlichkeiten .....	476
II. Arten (Erscheinungsformen) der Masseunzulänglichkeit .....	476
1. Eingetretene Masseunzulänglichkeit .....	476
2. Drohende Masseunzulänglichkeit (§ 208 Abs. 1 S. 2 InsO) .....	476
3. Temporäre Masseunzulänglichkeit .....	477
4. Prophylaktische Masseunzulänglichkeit .....	478
5. Masseunzulänglichkeit wegen eventueller Masseverbindlichkeiten .....	478
6. Wiederholte Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	478
III. Aufgaben des Insolvenzverwalters .....	479
IV. Allgemeine Auswirkungen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	480
V. Aufgaben des Insolvenzgerichts .....	481
VI. Verfahrensgang .....	481
1. Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter .....	481
2. Veröffentlichung .....	482
3. Gläubigerbeteiligung .....	482
4. Schlusstermin .....	483
5. Einstellungsbeschluss nach § 211 InsO .....	484
6. Nachtragsverteilung (§ 211 Abs. 3 InsO) .....	484
7. Rechtsmittel .....	485
VII. Verfahrensabwicklung .....	485
1. Verfahrensziel nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	485
2. Die Rangordnung des § 209 InsO .....	485
3. Die Rückkehr ins Regelverfahren nach Überwindung der Masseunzulänglichkeit .....	486
VIII. Weitere prozessuale und materielle Auswirkungen der Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	487
1. Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung .....	487
2. Unzulässigkeit von Leistungsklagen .....	487
3. Auswirkungen auf laufende Rechtsstreitigkeiten .....	488
4. Das Wahlrecht des § 103 InsO .....	489
5. Dauerschuldverhältnisse .....	490
6. Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs (§ 91 InsO) .....	491
7. Gesamtschaden (§§ 92, 93 InsO) .....	492
8. Anwendung der Aufrechnungsvorschriften (§§ 94 ff. InsO) .....	492
9. Betriebsfortführung .....	492

10. Rechnungslegung .....	493
11. Steuerliche Pflichten .....	493
12. Masseunzulänglichkeit im Regelinsolvenzverfahren einer natürlichen Person .....	494
IX. Haftungsgefahren .....	495
1. Insolvenzverwalter .....	495
2. Insolvenzschuldner .....	498
X. Besonderheiten .....	499
1. Insolvenzplanverfahren .....	499
2. Verfahren mit Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Sachwalters .....	499
XI. Weitere praktische Probleme .....	500
1. Vermeidung von Neumasseverbindlichkeiten durch Freigabe .....	500
2. Arbeitnehmeransprüche nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit .....	501
D. Mustervorlagen und Checklisten .....	503
 <b>4. Teil. Die Bereinigung der Insolvenzmasse</b> 	
<b>§ 14. Aussonderung</b> .....	511
A. Wirtschaftlicher Hintergrund .....	511
B. Geltendmachung der Aussonderung .....	512
C. Die wichtigsten Aussonderungsrechte .....	514
I. Eigentum .....	515
II. Einfacher Eigentumsvorbehalt .....	515
1. Insolvenz des Vorbehaltskäufers .....	515
2. Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers .....	517
III. Treuhand .....	518
IV. Factoring .....	519
D. Aussonderungsansprüche vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	520
E. Ersatzaussonderung .....	521
F. Praxisrelevante Einzelfragen zur Aussonderung .....	522
I. Art und Weise der Geltendmachung .....	522
1. Schriftform und Belege .....	522
2. Zeitpunkt .....	524
3. Auskunft .....	524
4. Insolvenzantragsverfahren .....	525
5. Sicherheitenverwertungsgemeinschaft (Pool) .....	525
II. Handhabung beim Insolvenzverwalter .....	526
III. Auswirkung auf Insolvenzforderung .....	527
<b>§ 15. Absonderung</b> .....	528
A. Abgrenzung Aussonderung – Absonderung .....	528
B. Die wichtigsten Absonderungsrechte .....	530
I. Hypotheken, Grundschulden .....	530
II. Sicherungsübertragungen .....	531
1. Sicherungseigentum .....	531
2. Sicherungsabtretung .....	533
III. Erweiterte und verlängerte Eigentumsvorbehaltsrechte .....	534
1. Erweiterter Eigentumsvorbehalt .....	534

2. Verlängerter Eigentumsvorbehalt .....	534
3. Abwehrklauseln .....	535
IV. Pfandrechte .....	536
1. Vertraglich begründete Pfandrechte .....	536
2. Durch Zwangsvollstreckung begründete Pfandrechte .....	537
3. Gesetzlich begründete Pfandrechte .....	537
V. Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht .....	539
VI. Allgemeines Zurückbehaltungsrecht .....	540
VII. Wohnungseigentümergeinschaft .....	540
VIII. Kollision von Absonderungsrechten .....	541
IX. Ersatzabsonderung .....	542
C. Geltendmachung der Absonderung .....	543
I. Inbesitznahme des Sicherungsguts durch Gläubiger .....	543
1. Vor Insolvenzantragstellung .....	543
2. Nach Insolvenzantragstellung .....	544
3. Nach Insolvenzeröffnung .....	545
4. Offenlegung einer Zession .....	546
II. Geltendmachung gegenüber dem Insolvenzverwalter .....	546
III. Sicherheitenverwertungsgemeinschaft (Pool) .....	548
D. Erfassung und Prüfung von Absonderungsrechten durch den Insolvenzverwalter .....	549
E. Verwertung von unbeweglichen Gegenständen .....	550
I. Zwangsversteigerung .....	551
II. Freihändige Verwertung durch Insolvenzverwalter .....	552
III. Zwangsverwaltung .....	553
IV. Umsatzsteuer .....	554
F. Verwertung von beweglichen Gegenständen und Rechten .....	555
I. Vorüberlegungen .....	555
1. Verwertungskompetenz des Verwalters .....	555
2. Keine Verwertungspflicht des Verwalters .....	555
3. Verwertungskompetenz des Absonderungsgläubigers .....	556
II. Voraussetzungen einer Verwertung durch den Insolvenzverwalter .....	556
1. Besitz an beweglichen Sachen .....	556
2. Forderungen des Schuldners und Rechte .....	558
III. Beteiligung des Absonderungsgläubigers .....	559
1. Inhalt der Mitteilung .....	559
2. Wochenfrist des § 168 InsO .....	561
3. Reaktion des Sicherungsgläubigers .....	561
IV. Entscheidung über die Verwertung .....	564
1. Verwertung durch den Verwalter und Behandlung des Verwertungserlöses .....	564
2. Übernahme durch den Gläubiger .....	565
3. Überlassung zur Verwertung durch den Gläubiger .....	565
4. Freigabe .....	565
5. Verwertung von Forderungen – § 166 Abs. 2 InsO .....	566
V. Abrechnung mit dem Absonderungsgläubiger .....	566
1. Feststellungspauschale .....	566
2. Verwertungspauschale .....	567
3. Umsatzsteuer .....	568
4. Formular für Abrechnung mit Absonderungsgläubigern .....	569

5. Buchungshinweise für Insolvenzverwalter .....	570
6. Auswirkungen der Verwertung auf Insolvenzforderung .....	571
G. Schutz des Absonderungsgläubigers vor einer Verzögerung der Verwertung ....	572
H. Schutz des Absonderungsgläubigers vor einem Wertverzehr des Absonderungs-guts .....	573
<b>§ 16. Anfechtung</b> .....	574
A. Zweck der Insolvenzanfechtung, Rechtsnatur des Anfechtungsrechts und Gesetzssystematik .....	575
I. Zweck der Insolvenzanfechtung .....	575
II. Rechtsnatur des Anfechtungsrechts .....	575
III. Gesetzssystematik .....	576
1. Gesetzliche Gliederung der Insolvenzanfechtung .....	576
2. Die Anfechtungstypen .....	576
3. Konkurrenz der Insolvenztatbestände .....	578
B. Ausblick: Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Anfechtungsrecht .....	578
I. Stand des Gesetzgebungsverfahrens .....	578
II. Inhalt .....	578
C. Anfechtungsbefugnis und -gegner, maßgeblicher Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung .....	578
I. Anfechtungsbefugnis und -gegner .....	578
1. Anfechtungsbefugnis .....	578
2. Anfechtungsgegner .....	579
II. Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung (§ 140) .....	581
1. Grundsatz .....	581
2. Fallgruppen .....	582
3. Maßgeblicher Zeitpunkt bei Grundbuch- und Registereintragungen ...	583
4. Bedingte und befristete Rechtshandlungen .....	584
D. Allgemeine Voraussetzungen der Insolvenzanfechtung gemäß § 129 .....	584
I. Rechtshandlung .....	584
1. Begriff .....	584
2. Fallgruppen .....	585
3. Handelnde Personen/Urheber der Rechtshandlung .....	586
II. Objektive Gläubigerbenachteiligung .....	589
1. Allgemeines .....	589
2. Fallgruppen .....	590
3. Arten der Gläubigerbenachteiligung .....	591
III. Kausalität .....	593
1. Allgemeines .....	593
2. Fallgruppen .....	593
IV. Bargeschäft .....	594
1. Allgemeines .....	594
2. Tatbestandsvoraussetzungen .....	594
3. Rechtsfolgen .....	598
4. Beweislast .....	598
5. Ausblick: Entwurf der Bundesregierung zum Anfechtungsrecht .....	598
V. Anfechtung bei Masseunzulänglichkeit .....	599
VI. Nahestehende Person § 138 .....	600

E. Die besondere Insolvenzanfechtung (§§ 130–132) .....	603
I. Einleitung .....	603
II. Die kongruente Deckung (§ 130) .....	604
1. Tatbestandsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1 .....	604
2. Finanzsicherheiten § 130 Abs. 1 S. 2 .....	612
3. Wechsel- und Scheckzahlungen § 137 .....	613
III. Die inkongruente Deckung (§ 131) .....	613
1. Objektive Tatbestandsvoraussetzungen .....	614
2. Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen gemäß § 131 Abs. 1 Nr. 3 .....	623
3. Darlegungs- und Beweislast .....	624
4. Ausblick: Entwurf der Bundesregierung zum Anfechtungsrecht .....	625
IV. Die Anfechtung unmittelbar nachteiliger Rechtshandlungen (§ 132) .....	625
1. Objektive Tatbestandsvoraussetzungen des § 132 Abs. 1 .....	625
2. Subjektiver Tatbestand (§ 132 Abs. 1 und Abs. 2) .....	626
3. Gleichgestellte Handlungen (§ 132 Abs. 2) .....	627
4. Beweislast .....	627
F. Die Vorsatzanfechtung (§ 133) .....	627
I. Tatbestandsvoraussetzungen .....	628
1. Allgemeines .....	628
2. Objektiver Tatbestand .....	628
3. Subjektive Tatbestandsvoraussetzung beim Schuldner .....	630
4. Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen beim Anfechtungsgegner .....	630
II. Darlegungs- und Beweislast .....	630
1. Grundsatz .....	630
2. Beweiserleichterungen .....	631
3. Beweislastumkehr .....	633
III. Ausblick: Entwurf der Bundesregierung zum Anfechtungsrecht .....	635
G. Anfechtung unentgeltlicher Leistungen (§ 134) .....	635
I. Tatbestand .....	636
1. Leistung des Schuldners .....	636
2. Unentgeltlichkeit .....	636
II. Praxisrelevante Fallkonstellationen .....	637
III. Ausnahme: Gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke (§ 134 Abs. 2) .....	641
IV. Beweislast und Fristberechnung .....	642
H. Anfechtungstatbestände im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehen (§ 135) .....	642
I. Reform des Kapitalersatzrechts durch das MoMiG/Neufassung des § 135/Auswirkungen auf den Gläubigerschutz und die Stellung der Gesellschafter .....	643
II. Anfechtung von Rückzahlungen und Besicherungen von Gesellschafterdarlehen § 135 Abs. 1 .....	644
1. Tatbestand .....	644
2. Anfechtungsgegenstand .....	644
III. Anfechtung bei gesellschafterbesicherten Drittdarlehen § 135 Abs. 2 .....	645
1. Tatbestand .....	645
2. Anfechtungsgegenstand/Anfechtungsgegner/Rechtsfolgen .....	646
IV. Anwendbarkeit des Bargeschäftsprinzips § 142 .....	646
V. Nutzungsüberlassung durch Gesellschafter § 135 Abs. 3 .....	647
VI. Übergangsregelung zum MoMiG, Art. 103d EGIInsO .....	647
1. Gesetzliche Regelung .....	647
2. Reichweite der Übergangsvorschrift .....	648

I. Anfechtung bei der stillen Gesellschaft (§ 136) .....	648
I. Normzweck .....	648
II. Tatbestand .....	649
1. Stille Gesellschaft .....	649
2. Besondere Vereinbarung innerhalb der Jahresfrist .....	649
3. Rechtshandlung .....	650
4. Ausschluss der Anfechtbarkeit gemäß § 136 Abs. 2 .....	650
III. Beweislast .....	650
J. Die Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung .....	651
I. Überblick .....	651
II. Rückgewähranspruch gemäß § 143 Abs. 1 .....	651
1. Berechtigter/Verpflichteter .....	651
2. Inhalt des Rückgewähranspruchs gemäß § 143 Abs. 1 S. 1 (Primäranspruch) .....	651
3. Inhalt des Rückgewähranspruchs gemäß § 143 Abs. 1 S. 2 .....	652
4. Sonderfall: Insolvenz des Anfechtungsgegners .....	655
III. Rückgewähr unentgeltlicher Leistungen (§ 143 Abs. 2) .....	655
1. Haftungsbegrenzung (§ 143 Abs. 2 S. 1) .....	655
2. Wegfall der Haftungserleichterung (§ 143 Abs. 2 S. 2) .....	656
3. Beweislast .....	656
IV. Rückgewähranspruch gemäß § 143 Abs. 3 bei der Anfechtung gesellschaftlicherbesitzerter Drittdarlehen gemäß § 135 Abs. 2 .....	656
V. Ausblick : Entwurf der Bundesregierung zum Anfechtungsrecht .....	657
K. Ansprüche des Anfechtungsgegners (§ 144) .....	658
I. Wiederaufleben getilgter Forderungen (§ 144 Abs. 1) .....	658
1. Voraussetzungen .....	658
2. Rechtsfolgen .....	659
II. Vertragliche Gegenleistungen (§ 144 Abs. 2) .....	659
1. Voraussetzungen .....	659
2. Rechtsfolgen .....	659
L. Fristenberechnung (§ 139) und Verjährung des Anfechtungsanspruchs (§ 146) .	660
I. Fristen gemäß §§ 130–136 und deren Berechnung (§ 139) .....	660
II. Verjährung des Anfechtungsanspruchs (§ 146) .....	661
1. Regelmäßige Verjährung .....	661
2. Höchstfrist gemäß § 199 Abs. 4 BGB .....	661
3. Hemmung und Neubeginn der Verjährung .....	662
III. Einrede der Anfechtbarkeit gemäß § 146 Abs. 2 .....	662
M. Rechtshandlungen nach Verfahrenseröffnung (§ 147) .....	662
<b>§ 17. Aufrechnung</b> .....	663
A. Aufrechnungsbefugnis der Insolvenzgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren (§§ 94–96 InsO) .....	663
I. Regelungszweck und Grundsätze .....	663
II. Die geschützten Aufrechnungslagen .....	664
1. Die gesetzliche Aufrechnungslage .....	664
2. Künftige Aufrechnungslagen (§ 95 InsO) .....	667
3. Insolvenzspezifische Beschränkungen der Aufrechnung im Insolvenzverfahren .....	668

4. Einzelne besondere Problembereiche .....	674
5. Aufrechnungslage durch Parteivereinbarung .....	675
III. Insolvenzzrechtliche Sonderregelungen bezüglich der Aufrechenbarkeit ..	676
B. Aufrechnungsbefugnis für den Insolvenzverwalter .....	677

**5. Teil. Betriebsfortführung in der Insolvenz**

<b>§ 18. Der Geschäftsbetrieb in der Insolvenz .....</b>	<b>679</b>
A. Rückblick auf die Konkursordnung .....	679
B. Paradigmenwechsel – Die Fortführungspflicht im Insolvenzverfahren .....	680
I. Vorstellungen des Gesetzgebers .....	680
II. Die Fortführungspflicht im Insolvenzantragsverfahren .....	680
1. Der „starke“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	681
2. Der „halbstarke“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	681
3. Der „schwache“ vorläufige Insolvenzverwalter .....	682
4. Der bereits eingestellte Betrieb .....	682
III. Die Fortführungspflicht im eröffneten Verfahren .....	683
IV. Ausnahme von der Fortführungspflicht .....	684
1. Sofortige Betriebsstilllegung .....	684
V. Entscheidungen der Gläubigerversammlung zur Betriebsfortführung .....	685
1. Stilllegung .....	685
2. Vorläufige Fortführung des Betriebes .....	686
<b>§ 19. Die wirtschaftlich-organisatorischen Maßnahmen zur Betriebsfortführung .....</b>	<b>687</b>
A. Betriebsfortführung als zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung .....	687
I. Handlungsebenen einer erfolgreichen Sanierung .....	687
II. Betriebsfortführung als Prozess .....	688
B. Insolvenzspezifische Prozesse der Betriebsfortführung .....	689
I. Vorbemerkung .....	689
II. Kurzfristige Bestandsaufnahme der betrieblichen Situation .....	689
1. Betriebswirtschaftliche Infrastruktur .....	689
2. Versicherungssituation .....	691
3. Inventur und rechtliche Zuordnung des Vermögens .....	691
4. Arbeitnehmersituation .....	693
III. Insolvenzspezifische Planung .....	695
1. Ergebnisplanung .....	695
2. Finanzplanung .....	698
IV. Finanzierung der Betriebsfortführung .....	700
1. Insolvenzgeld .....	700
2. Revolvierender Einsatz von Sicherheitenerlösen .....	701
3. Kundenanzahlungen .....	704
4. Verlustfinanzierung .....	704
5. Massekredit .....	706
V. Steuerung der Auftragsannahme .....	707
1. Kundenkommunikation .....	707
2. Analyse der vorhandenen Aufträge .....	707
3. Annahme neuer Aufträge .....	708

VI. Steuerung der Lieferantenbestellungen .....	708
1. Lieferantenkommunikation und Erlangung von Lieferantenvertrauen .....	709
2. Zentralisierter Bestellprozess .....	710
VII. Management der Betriebsfortführung .....	711
1. Zusammenspiel von Insolvenzverwalter und Führungskräften .....	711
2. Steuerungsinformationen .....	711
C. Fazit .....	714

**6. Teil. Vertragsbeziehungen in der Insolvenz**

<b>§ 20. Einführung</b> .....	719
A. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf Verträge allgemein .....	720
B. Wahlrecht oder Kündigung .....	720
C. Von §§ 103–119 InsO nicht geregelte Verträge .....	722
<b>§ 21. Gegenseitige nicht vollständig erfüllte Verträge, §§ 103–107 InsO</b> .....	723
A. Die Grundnorm § 103 InsO .....	723
I. Problem: die Einrede des nichterfüllten Vertrages .....	724
II. Voraussetzungen des § 103 InsO .....	725
1. Gegenseitigkeit des Vertrages .....	725
2. Beidseitigkeit der nicht erfüllten Leistungen .....	726
3. Unvollständigkeit der Leistungen .....	727
III. Die Rechtswirkungen des Wahlrechts .....	728
1. Insolvenzverwalter wählt Nichterfüllung .....	728
2. Insolvenzverwalter wählt Erfüllung .....	729
3. Insolvenzverwalter schweigt .....	731
4. Zusammenfassung .....	731
5. Sicherungsrechte Dritter .....	732
6. Aufrechnung durch Vertragspartner .....	733
7. Lösung der Musterfälle .....	734
IV. Ausübung des Wahlrechts .....	735
1. Allgemeines .....	735
2. Zeitpunkt der Erfüllungswahl .....	736
3. Form der Verwaltererklärung .....	737
B. Fixgeschäfte und Finanztermingeschäfte, § 104 InsO .....	737
I. Die unter § 104 InsO fallenden Verträge .....	737
II. Weitere Voraussetzungen .....	738
III. Rechtsfolge: Einschränkung des Wahlrechts .....	738
C. Teilbare Leistungen, § 105 InsO .....	738
I. Die Wirkungsweise des § 105 InsO .....	738
II. Die unter § 105 InsO fallenden Verträge .....	738
III. Erfüllungsablehnung durch Verwalter .....	740
IV. Verwalter wählt Erfüllung .....	740
1. Konsequenzen aus der Erfüllungswahl .....	740
2. Verbleibende Rechte des Vertragspartners .....	740

D. Durch Vormerkung gesicherter Erfüllungsanspruch, § 106 InsO .....	741
I. Allgemeine Voraussetzungen .....	741
II. Begriff der Vormerkung .....	741
III. Rechtsfolge: Einschränkung des Wahlrechts .....	743
IV. Hinweise für die Abwicklungspraxis .....	744
E. Kauf und Verkauf unter Eigentumsvorbehalt, § 107 InsO .....	745
I. Allgemeine Voraussetzungen .....	745
1. Kaufvertrag .....	745
2. Bewegliche Sache .....	745
3. Besitzübergang erfolgt .....	745
II. Schuldner als Verkäufer, § 107 Abs. 1 InsO .....	746
1. Schutz des Anwartschaftsrechts des Käufers .....	746
2. Wechselwirkung mit § 103 .....	746
III. Schuldner als Käufer, § 107 Abs. 2 InsO .....	747
1. Grundsätzlich gilt: Wahlrecht des Verwalters gem. § 103 .....	747
2. Aber: Entscheidung erst nach dem Berichtstermin .....	748
3. Ausnahme: leicht verderbliche Ware .....	749
<b>§ 22. Dauerschuldverhältnisse .....</b>	<b>750</b>
A. Regelungsinhalt und systematische Stellung des § 108 InsO .....	750
I. Die Grundnorm § 108 InsO .....	750
II. Anwendungsbereich des § 108 InsO .....	751
1. Miet- und Pachtverhältnisse über unbewegliche Gegenstände oder Räume .....	751
2. Bewegliche Gegenstände oder Rechte, § 108 Abs. 1 S. 2 InsO .....	752
3. Dienstverhältnisse .....	753
4. Darlehensverträge .....	753
III. Ansprüche des Vertragspartners aus der Zeit vor der Insolvenzeröffnung, § 108 Abs. 3 InsO .....	753
IV. Absicherung durch § 119 InsO .....	754
B. Schuldner als Mieter oder Pächter von unbeweglichen Gegenständen oder Räumen, §§ 109, 112 InsO .....	754
I. Dem Schuldner bei Eröffnung schon überlassene Miet- und Pachtobjekte, § 109 InsO .....	754
1. Fortbestand des Miet- oder Pachtvertrages .....	754
2. Absicherung des Fortbestandes des Miet- oder Pachtverhältnisses durch Kündigungssperre, § 112 InsO .....	756
3. Sonderkündigungsrecht des Insolvenzverwalters .....	759
4. Konsequenzen aus der Vertragsbeendigung für Insolvenzverwalter .....	763
II. Dem Schuldner bei Eröffnung noch nicht überlassene Miet- und Pachtobjekte, § 109 Abs. 2 InsO .....	764
1. Voraussetzungen .....	764
2. Rücktrittsmöglichkeit für beide Vertragspartner .....	765
3. Absicherung des § 109 InsO durch § 119 InsO .....	768
C. Der Schuldner als Vermieter oder Verpächter, §§ 110, 111 InsO .....	768
I. Fortbestand des Miet- oder Pachtverhältnisses trotz Insolvenzeröffnung .....	768
1. Miet- bzw. Pachtzinsforderung zur Masse ziehen .....	769
2. Gewährung vertragsgerechten Gebrauchs .....	771
II. Zwangsverwaltung .....	772

III. „Kalte“ Zwangsverwaltung .....	773
IV. Freigabe .....	774
V. Kündigung des Miet- oder Pachtverhältnisses .....	774
VI. Veräußerung von vermieteten oder verpachteten Immobilien, § 111 InsO .....	774
1. Vorüberlegung: Miet- und Pachtverträge bei Versteigerung .....	774
2. Voraussetzungen des § 111 InsO .....	775
3. Erleichterte Kündigungsmöglichkeit für den Erwerber .....	776
4. Schadensersatzanspruch des Mieters/Pächters .....	777
5. Absicherung des § 111 InsO durch § 119 InsO .....	777
D. Dienstverhältnisse des Schuldners, § 113 InsO .....	777
I. Der Schuldner als Dienstberechtigter = Arbeitgeber .....	777
II. Der Schuldner als Dienstverpflichteter = Arbeitnehmer .....	778
<b>§ 23. Aufträge, Geschäftsbesorgungsverträge und Vollmachten .....</b>	<b>778</b>
A. Vorbemerkung .....	778
B. Die Regelungen in §§ 115–117 InsO .....	779
I. Von §§ 115, 116 InsO erfasste Verträge .....	779
II. Von § 117 InsO erfasste Vollmachten .....	779
III. Automatisches Erlöschen durch Insolvenzeröffnung .....	780
IV. Notgeschäftsführung (Eilgeschäfte), § 115 Abs. 2 InsO .....	780
1. Voraussetzungen der Notgeschäftsführung .....	781
2. Risiken für Auftragnehmer/Geschäftsbesorger .....	781
V. Handeln in Unkenntnis der Insolvenzeröffnung (keine Eilgeschäfte) .....	782
VI. Sonstiges Erlöschen von Vollmachten .....	782
VII. Exkurs: Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen an den Verwalter .....	783
VIII. Absicherung der §§ 115–117 InsO durch § 119 InsO .....	783
C. Weitere Geschäftsführung in aufgelösten Gesellschaften, § 118 InsO .....	783
<b>§ 24. Lösungsklauseln, § 119 InsO .....</b>	<b>784</b>
A. Unwirksame Klauseln .....	785
B. Sonderfall: § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B 2000 .....	785
C. Unbedenkliche Klauseln .....	786

**7. Teil. Die Stellung der Kreditinstitute im Insolvenzverfahren**

<b>§ 25. Bankenverhalten/Bankengeschäfte im Vorfeld einer Kundeninsolvenz .....</b>	<b>787</b>
A. Einleitung .....	787
B. Bankverbindung vor Insolvenzantrag .....	788
I. Bestandsaufnahme .....	788
II. Rechtliche Risiken bei außergerichtlicher Sanierung .....	789
1. Stillhalten .....	789
2. Einräumung neuer Kredite .....	790
3. Knebelung des Schuldners, insbesondere faktische Übernahme der Geschäftsführung .....	792
4. Sonstiges .....	792
III. Einflussnahme auf den Zahlungsverkehr .....	794

IV. Insolvenzantragstellung durch die Bank .....	794
1. Wirtschaftliche Überlegungen .....	795
2. Rechtliche Voraussetzungen .....	796
3. Sonstige Einflussfaktoren .....	796
V. Veräußerung notleidender Kredite .....	797
<b>§ 26. Bankenverhalten/Bankengeschäfte in der Kundeninsolvenz .....</b>	<b>798</b>
A. Bankverbindung im Eröffnungsverfahren .....	798
I. Allgemeines .....	798
II. Sofortmaßnahmen der Bank nach Antragstellung .....	799
1. Feststellung der Geschäftsverbindung .....	799
2. Kontosperrung .....	799
3. Auskunft an den vorläufigen Insolvenzverwalter .....	800
III. Geschäftsbeziehung im Eröffnungsverfahren .....	801
1. Allgemeines .....	801
2. Neugeschäft, insbesondere Kreditierung .....	806
IV. Widerspruch des Insolvenzverwalters im Lastschriftinzugsverfahren .....	809
1. Konsequenzen der gesetzlichen Neuregelung der §§ 675c ff. BGB .....	809
2. Konsequenzen für die Bankpraxis .....	809
B. Bankverbindung im eröffneten Verfahren .....	810
I. Regelabwicklung .....	810
1. Allgemeines .....	810
2. Sicherheitenverwertung in der Regelabwicklung .....	814
II. Planverfahren .....	824
1. Mögliche Auswirkungen von Insolvenzplänen auf die Position der Bank .....	825
2. Begleitung eines Insolvenzplanverfahrens durch die Bank .....	827
III. Verbraucherinsolvenzverfahren/Restschuldbefreiungsverfahren .....	829
1. Außergerichtliche Schuldbereinigung .....	830
2. Gerichtliche Schuldbereinigung .....	831
3. Insolvenzverfahren .....	834
4. Restschuldbefreiung .....	834
<b>8. Teil. Arbeits- und Sozialrecht in der Insolvenz</b>	
<b>§ 27. Individualarbeitsrecht .....</b>	<b>837</b>
A. Einleitung .....	837
B. Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz .....	838
I. Allgemeines .....	838
II. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf das Arbeitsverhältnis .....	839
III. Arbeitsrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	841
1. Vorläufige Insolvenzverwaltung bei Anordnung eines allgemeinen Verfügungsverbots .....	841
2. Vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Anordnung eines allgemeinen Verfügungsverbots .....	843
IV. Rangordnung der Arbeitnehmeransprüche im System der InsO .....	844
1. Allgemeines .....	844
2. Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis im Einzelnen .....	845

C. Beendigung des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz .....	855
I. Allgemeines .....	855
II. Einvernehmliche Aufhebung des Arbeitsverhältnisses .....	856
III. Beendigungskündigung .....	857
1. Kündigungserklärung und Zugang .....	857
2. Kündigungsfrist .....	859
3. Betriebsratsanhörung .....	861
4. Kündigungsrechtliche Stellung der Organvertreter der Schuldnerin ...	864
IV. Allgemeiner Kündigungsschutz in der Insolvenz .....	864
1. Allgemeines/Kündigungsgrund .....	864
2. Betriebsbedingte Kündigung .....	865
3. Prozessuale Grundsätze zu Betriebsstilllegung und Betriebsübergang	872
4. Personenbedingte Kündigung .....	875
5. Verhaltensbedingte Kündigung .....	876
6. Außerordentliche Kündigung .....	877
7. Änderungskündigung .....	878
V. Besonderer Kündigungsschutz in der Insolvenz .....	880
1. Mutterschutz und Elternzeit .....	880
2. Schwerbehindertenschutz .....	882
3. Schutz der Betriebsverfassungsorgane .....	886
4. Weitere Arbeitsverhältnisse mit besonderem Kündigungsschutz .....	891
VI. Befristetes Arbeitsverhältnis .....	891
1. Befristung ohne Sachgrund .....	891
2. Befristung mit Sachgrund .....	891
3. Ende des befristeten Arbeitsverhältnisses .....	892
VII. Ausbildungsverhältnis .....	892
D. Anzeigepflicht des Insolvenzverwalters im Rahmen von Massenentlassungen ...	893
I. Allgemeines .....	893
II. Anwendungsbereich der Massenentlassungsvorschriften .....	894
1. Betrieblicher Geltungsbereich .....	894
2. Maßgebliche Größenordnung .....	894
3. Persönlicher Geltungsbereich .....	895
4. Zeitraum der Entlassungen .....	896
5. Entlassung und gleichgestellte Beendigungstatbestände .....	896
III. Erstattung der Massenentlassungsanzeige .....	898
1. Zeitpunkt, Form und Adressat .....	898
2. Inhalt und Anlagen .....	898
IV. Rechtsfolgen der Anzeige .....	899
1. Sperrfrist und Freifrist .....	899
2. Un-/Wirksamkeit der Anzeige und Verhältnis zum Individualkündi- gungsschutz .....	900
<b>§ 28. Kollektives Arbeitsrecht .....</b>	<b>901</b>
A. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte der Insolvenz .....	901
I. Betriebsverfassung in der Insolvenz .....	901
1. Grundlegendes .....	901
2. Das Einigungsstellenverfahren .....	907
3. Betriebsvereinbarungen in der Insolvenz .....	908
II. Interessenausgleich in der Insolvenz .....	912
1. Grundlegendes .....	912
2. Der Interessenausgleich .....	912

3. Arten des Interessenausgleichsverfahrens, Allgemeines .....	927
4. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichtes; Verhältnis zu §§ 125 und 126 InsO .....	946
III. Betriebsänderung ohne Interessenausgleich .....	948
1. Maßnahmen ohne Interessenausgleich trotz Verpflichtung .....	948
2. Inhalt der Nachteilsausgleichsansprüche .....	949
3. Abweichung von einem Interessenausgleich .....	950
4. Betriebsänderung und der vorläufige Insolvenzverwalter .....	951
5. Unterlassungsanspruch des Betriebsrates .....	952
IV. Insolvenzsozialplan .....	953
1. Grundlagen, Begriff und Inhalt des Sozialplanes .....	953
2. Erzwingbarkeit eines Sozialplanes gemäß § 112a BetrVG .....	958
3. Sozialplanprivileg neugegründeter Unternehmen .....	959
4. Begrenzung des Sozialplanvolumens in der Insolvenz .....	960
5. Sozialplan vor Insolvenzeröffnung, § 124 InsO .....	965
V. Besondere Beschlussverfahren zur Vereinheitlichung und Beschleunigung der Durchsetzung von Betriebsänderungen .....	968
1. Besonderes Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz gemäß § 126 InsO .....	968
2. Verfahrensbeteiligte .....	969
3. Entscheidung des Gerichtes .....	970
4. Bindungswirkung, § 127 InsO .....	971
5. Anhörung des Betriebsrates nach Durchführung des Verfahrens gemäß § 126 InsO .....	972
6. Betriebsveräußerung in der Insolvenz .....	972
7. Wirkung des § 128 InsO .....	974
B. Übertragende Sanierung; § 613a BGB; Möglichkeiten des SGB III .....	974
I. Der Betriebsübergang in der Insolvenz gemäß § 613a BGB .....	974
1. Normzweck und Anwendbarkeit des § 613a BGB in der Insolvenz .....	974
2. Geltungsbereich der Norm .....	975
3. Tatbestand der Norm des § 613a BGB .....	975
4. Haftungsrechtliche Besonderheiten in der Insolvenz .....	981
5. Rechtsfolgen .....	981
6. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers .....	983
II. Transfergesellschaften .....	985
1. Grundlagen des Modells .....	985
2. Voraussetzungen zur Gewährung von Transferkurzarbeitergeld .....	987
3. Wirtschaftliche Betrachtung des Modells Transfergesellschaft .....	988
4. Abwägungsgedanken zu dem gesetzlichen Modell des § 216b SGB III .....	990
5. Die Transfergesellschaft und § 613a BGB .....	991
III. Transfermaßnahmen iSv § 110 SGB III .....	993
1. Grundlegendes .....	993
2. Wesentliche Anspruchsvoraussetzungen § 110 SGB III .....	993
3. Höhe der Zuschüsse .....	994
4. Gleichzeitige Anwendung der §§ 110, 111 SGB III .....	994
C. Anhang .....	995
I. Anlage 1 .....	995
II. Anlage 2 .....	999
III. Anlage 3 .....	1005

<b>§ 29. Insolvenzgeld</b> .....	1009
A. Vorbemerkung .....	1010
B. Allgemeine Einführung .....	1011
C. Entwicklung des Insolvenzgeldes .....	1011
D. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte .....	1012
E. Anspruchsvoraussetzungen .....	1014
I. Begriff des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin und des Arbeitgebers .....	1015
1. Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin .....	1015
2. Arbeitgeber .....	1016
3. Einzelfragen .....	1016
II. Insolvenzereignis .....	1019
1. Eröffnung des Insolvenzverfahrens .....	1019
2. Abweisung mangels Masse .....	1020
3. Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit .....	1020
4. Sperrwirkung .....	1022
5. Neues Insolvenzereignis nach wiederhergestellter Zahlungsfähigkeit ..	1023
6. Aufhebung eines Eröffnungsbeschlusses .....	1023
III. Insolvenzgeld-Zeitraum .....	1024
1. Beendigung des Arbeitsverhältnisses .....	1025
2. Bestimmung des individuellen Insolvenzgeld-Zeitraums .....	1026
IV. Arbeitsentgelt-Ansprüche im Sinne des Insolvenzgeldes .....	1027
1. Arbeitsentgelt-Ansprüche (Überblick) .....	1028
2. Beitragszuschüsse des Arbeitgebers .....	1029
3. Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche .....	1029
4. Schadensersatzansprüche iZm Kurzarbeiter- oder Wintergeld .....	1029
5. Nebenforderungen .....	1029
6. Entgeltumwandlung .....	1030
V. Insolvenzgeld-Anspruch bei Arbeitnehmerüberlassung .....	1030
VI. Insolvenzgeld-Anspruch des Erben .....	1031
VII. Zuordnung der Arbeitsentgeltansprüche zum Insolvenzgeld-Zeitraum ....	1032
1. Laufendes Arbeitsentgelt .....	1032
2. Flexible Arbeitszeitregelung nach § 7 Abs. 1a SGB IV .....	1033
3. Sonstige flexible Arbeitszeitregelungen .....	1033
4. Sonderzuwendungen .....	1034
5. Anteilige Berücksichtigung .....	1034
6. Volle Berücksichtigung .....	1034
7. Festlegung eines Auszahlungszeitpunkts .....	1035
8. Urlaubsgeld .....	1035
9. Provisionsansprüche .....	1035
10. Zielvereinbarungen .....	1036
VIII. Sachverhalte mit Auslandsberührung .....	1036
F. Ausschluss .....	1037
I. Ansprüche wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses .....	1037
II. Ansprüche für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses .....	1038
III. Anfechtbare Arbeitsentgeltansprüche .....	1038
IV. Erstattungspflicht .....	1040
G. Höhe des Insolvenzgeldes .....	1040
I. Ermittlung der steuerlichen Abzüge .....	1042
II. Fiktive Steuerberechnung .....	1043

III. Ermittlung der Sozialversicherungsbeiträge .....	1044
IV. Abschlagszahlungen des Arbeitgebers .....	1044
V. Leistungen, die der Arbeitnehmer nicht mehr beanspruchen kann .....	1045
1. Anderweitiges Arbeitsentgelt .....	1045
2. Übergegangene Arbeitsentgeltansprüche .....	1046
3. Aufrechnung .....	1046
4. Vorschuss .....	1046
H. Forschussregelungen .....	1047
I. Vorschuss vor Eintritt des Insolvenzereignisses .....	1048
1. Höhe des Vorschusses .....	1049
2. Glaubhaftmachung .....	1049
3. Überzahlung .....	1050
II. Vorschuss nach Eintritt des Insolvenzereignisses .....	1050
III. Vorläufige Entscheidung .....	1051
I. Insolvenzgeldanspruch Dritter .....	1051
I. Abtretung des Arbeitsentgeltanspruchs .....	1052
II. Erwerb eines Pfandrechts am Arbeitsentgeltanspruch .....	1053
III. Erwerb des Insolvenzgeldanspruchs .....	1053
IV. Kollektive Vorfinanzierung (Anspruchsausschluss) .....	1054
1. Zustimmung der Agentur für Arbeit .....	1055
2. Prognoseentscheidung .....	1055
3. Erhaltung von Arbeitsplätzen .....	1056
4. Dauerhaftigkeit .....	1057
5. Indizien für dauerhaften Arbeitsplatzerhalt .....	1057
6. Beschränkte Zustimmung .....	1058
7. Verfahren .....	1058
J. Zahlung von Pflichtbeiträgen bei Insolvenzereignis .....	1059
I. Beitragsanspruch, Beitragsnachweis .....	1060
II. Ende der Versicherungspflicht .....	1060
III. Nebenforderungen .....	1061
IV. Beitragsanspruch bei Arbeitnehmerüberlassung .....	1061
V. Beitragszahlungszeitraum .....	1062
VI. eiträge, die auf Einmalzahlungen entfallen .....	1062
VII. Konkurrierende Beitragspflichten .....	1063
VIII. Meldeverfahren .....	1063
1. Allgemeines .....	1063
2. Abgabegründe .....	1064
3. Weiterbeschäftigung .....	1064
IX. Beantragung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags .....	1064
K. Verfahren bei der Inanspruchnahme des Insolvenzgeldes durch Arbeitnehmer oder Dritte .....	1066
I. Antragsverfahren .....	1067
1. Sammelanträge .....	1067
2. Benutzung von Vordrucken .....	1068
3. Zuständigkeit .....	1068
4. Anspruchsübergang .....	1068
II. Ausschlussfrist .....	1069
1. Fristberechnung .....	1069
2. Versäumung der Anschlussfrist .....	1070
III. Örtlich zuständige Agentur für Arbeit .....	1072

IV. Auskunfts- und Bescheinigungspflicht .....	1074
1. Auskunftsspflicht .....	1074
2. Insolvenzgeldbescheinigung .....	1075
3. Berechnungs- und Auszahlungspflicht .....	1076
V. Untersuchungsgrundsatz .....	1076
VI. Bescheide, Rechtsbehelfe, Auszahlungsverfahren .....	1077
1. Bescheide und Rechtsbefehle .....	1077
2. Auszahlungsverfahren .....	1078
L. Anspruchsübergänge .....	1078
I. Anmeldung der übergebenen Ansprüche im Insolvenzverfahren .....	1079
II. Geltendmachung der Masseverbindlichkeiten .....	1079
1. Nach Eröffnung entstandene Ansprüche .....	1079
2. Vor Eröffnung entstandene Ansprüche .....	1080
3. Realisierung .....	1080
4. Keine Verfahrenseröffnung .....	1081
III. Geltendmachung übergegangener Ansprüche außerhalb des Insolvenzverfahrens .....	1082
IV. Ansprüche gegen Dritte (Haftung der Gesellschafter, Schadensersatzansprüche) .....	1082
V. Anwendung des § 613a BGB .....	1085
1. Haftungssituation .....	1087
2. Beispiel für eine Haftungssituation in der Praxis .....	1087
3. Umgehungsgeschäfte .....	1088
VI. Progressionsvorbehalt, steuerliche Behandlung der Arbeitsentgeltansprüche .....	1089
VII. Aufbringung der Mittel (Umlage) .....	1090
M. Vergleich, Stundung und Forderungsverzicht .....	1091
I. Vergleich .....	1091
II. Stundung einer Forderung .....	1092
1. Erhebliche Härte .....	1092
2. Keine Gefährdung der Forderung .....	1092
III. Erlass einer Forderung .....	1092
N. Gleichwohlgewährung von Arbeitslosengeld .....	1093
<b>§ 30. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz .....</b>	<b>1093</b>
A. Allgemeines .....	1094
I. Stand der betrieblichen Alterssicherung .....	1094
II. Der Pensions-Sicherungs-Verein als Träger der gesetzlichen Insolvenzsicherung (§ 14 BetrAVG) .....	1095
III. Notwendigkeit zur Insolvenzsicherung .....	1096
B. Der Anspruch auf Insolvenzsicherung (§ 7 BetrAVG) .....	1096
I. Begriff der betrieblichen Altersversorgung .....	1096
1. Betriebliche Altersversorgung .....	1096
2. Anspruchsgrundlagen .....	1097
3. Durchführungswege .....	1097
4. Zusageformen .....	1098
5. Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung .....	1099
6. Form der Leistungen .....	1101

II. Insolvenzgesicherte Durchführungswege .....	1101
1. Allgemeines .....	1101
2. Unmittelbare Versorgungszusage .....	1101
3. Mittelbare Versorgungszusagen .....	1102
III. Der Sicherungsfall .....	1108
1. Allgemeines .....	1108
2. Die einzelnen Sicherungsfälle .....	1109
IV. Nicht-Erfüllung der Versorgungsansprüche .....	1111
1. Nicht-Erfüllung .....	1111
2. Exkurs: Auswirkung der Insolvenz des Arbeitgebers auf Versorgungsansprüche .....	1112
V. Insolvenzgesicherte Versorgungsrechte .....	1114
1. Bei Eintritt des Sicherungsfalls bestehende Versorgungsansprüche (§ 7 Abs. 1 BetrAVG) .....	1114
2. Nach Eintritt des Sicherungsfalls entstehende Versorgungsansprüche (§ 7 Abs. 2 BetrAVG) .....	1116
VI. Höhe der der gegen den PSVaG gerichteten Ansprüche .....	1119
1. Grundsatz .....	1119
2. Höchstgrenzen der gegen den PSVaG gerichteten Ansprüche .....	1120
3. Anpassung von Versorgungsleistungen und -anwartschaften .....	1121
4. Anzurechnende Leistungen .....	1121
5. Einschränkungen im Katastrophenfall .....	1122
VII. Versicherungsmissbrauch (§ 7 Abs. 5 BetrAVG) .....	1122
VIII. PSVaG und Insolvenzplan (§§ 7 Abs. 4 S. 2–5, 9 Abs. 4 BetrAVG) .....	1124
IX. Übergang von Versorgungsverpflichtungen nach § 613a BGB .....	1126
1. Grundsatz .....	1126
2. Betriebsübergang in der Insolvenz .....	1126
3. Betriebsveräußerung vor Insolvenz .....	1128
X. Kein gesetzlicher Insolvenzschutz für Unternehmerpensionszusagen (§ 17 BetrAVG) .....	1128
XI. Private Insolvenzsicherung von Versorgungszusagen .....	1129
1. Rückdeckungsversicherungen .....	1129
2. Treuhandvereinbarungen .....	1131
C. Übertragung der Leistungspflicht und Abfindung (§ 8 BetrAVG) .....	1131
I. Übertragung der Leistungspflicht (§ 8 Abs. 1 BetrAVG) .....	1131
II. Abfindung von Kleinstrenten und -anwartschaften durch den PSVaG (§ 8 Abs. 2 BetrAVG) .....	1132
D. Mitteilungspflicht des PSVaG; Anspruchs- und Vermögensübergang (§ 9 BetrAVG) .....	1132
I. Mitteilungspflicht des PSVaG (§ 9 Abs. 1 BetrAVG) .....	1132
II. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 9 Abs. 2 BetrAVG) .....	1133
III. Vermögensübergang bei Unterstützungskassen und Pensionsfonds (§ 9 Abs. 3 und 3a BetrAVG) .....	1135
E. Beitragspflicht und Beitragsbemessung (§§ 10, 30i BetrAVG) .....	1136
I. Beitragserhebung durch den PSVaG als beliehenem Unternehmer (§ 10 Abs. 1 BetrAVG) .....	1136
II. Beitragsaufkommen und Beitragsbemessung (§ 10 Abs. 2 und 3 BetrAVG) .....	1137
III. Einmalbetrag gem. § 30i BetrAVG .....	1137
IV. Säumniszuschläge und Verzinsung (§ 10a Abs. 1 und 2 BetrAVG) .....	1138

V. Zwangsvollstreckung (§ 10 Abs. 4 BetrAVG) .....	1138
VI. Verjährung (§ 10a Abs. 4 BetrAVG) .....	1138
F. Mitwirkungspflichten; Ordnungswidrigkeiten; Verschwiegenheitspflicht (§§ 11, 12 und 15 BetrAVG) .....	1139
G. Insolvenz des Versorgungsberechtigten .....	1139
<b>9. Teil. Gesellschaftsrecht in der Insolvenz</b>	
<b>§ 31. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Insolvenz</b> .....	1145
A. Einleitung .....	1145
B. Kapitalgesellschaften .....	1146
I. Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung .....	1146
1. Kapitalaufbringung .....	1146
2. Kapitalerhaltung .....	1156
II. Gesellschafterleistungen .....	1157
1. Nachrang .....	1157
2. Anfechtungen von Befriedigung auf Darlehen und gleichgestellte Forderungen .....	1159
3. Gebrauchsüberlassung .....	1160
4. Einbeziehung von Dritten .....	1163
III. Vertretungsorgane der Gesellschaft in der Insolvenz .....	1165
1. Stellung im Verfahren .....	1165
2. Pflichten der Vertretungsorgane .....	1166
IV. Die Gesellschafter in der Insolvenz .....	1169
1. Führungslosigkeit von Gesellschaften .....	1169
2. Insolvenzantragspflicht .....	1170
C. Personengesellschaften .....	1170
I. Konstellationen einer Insolvenz .....	1171
1. Alleinige Gesellschaftsinsolvenz .....	1171
2. Doppelinsolvenz .....	1171
3. Alleinige Gesellschafterinsolvenz .....	1171
II. Forderungen der Insolvenzmasse bei Gesellschaftsinsolvenz .....	1172
1. Einlage .....	1172
2. Nachschusspflicht .....	1173
3. Gesellschafterhaftung .....	1174
<b>§ 32. Grundsätzliches zur Konzern- bzw. Gruppeninsolvenz</b> .....	1176
A. Einleitung .....	1176
B. Arten von Konzernen und Konzernstrukturen .....	1177
I. Betriebswirtschaftliche Betrachtung .....	1177
II. Rechtliche Betrachtung .....	1179
1. Konzern im aktienrechtlichen Sinne .....	1179
2. Konzern im handelsrechtlichen Sinne .....	1180
3. Unternehmensgruppe im Sinne des § 3e InsO-E .....	1181
III. Weitere konzernimmanente Verhältnisse .....	1181
IV. Schlussfolgerung für die Vorbereitung und Durchführung einer Konzerninsolvenz .....	1182
C. Zu den Einzelaspekten der Konzern- bzw. Gruppeninsolvenz .....	1184

<b>§ 33 Haftung der Organe, Gesellschafter und handelnde Personen</b> .....	1185
A. Haftung der Leitungsorgane .....	1185
I. Die Innenhaftung der Leitungsorgane .....	1186
1. Haftung wegen falscher Angaben bei Gründung oder Kapitalerhöhung .....	1186
2. Pflicht zur Erhaltung des Kapitals .....	1186
3. Pflicht zur Anzeige des hälftigen Verlusts des Kapitals .....	1187
4. Pflicht zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung .....	1187
5. Haftung für Zahlungen bei verspäteter Insolvenzantragstellung .....	1190
6. Haftung wegen Herbeiführung der Zahlungsunfähigkeit .....	1192
II. Außenhaftung der Leitungsorgane .....	1193
1. Haftung wegen Insolvenzverschleppung .....	1193
2. Haftung für Sozialversicherungsbeiträge und Steuerschulden .....	1194
3. Sonstige Anspruchsgrundlagen .....	1195
B. Haftung anderer Organe .....	1196
I. Haftung des Aufsichtsrats wegen Pflichtverletzung .....	1196
II. Insolvenzverschleppungshaftung des Aufsichtsrats und der Gesellschafter .....	1197
III. Existenzvernichtungshaftung der Gesellschafter .....	1198
IV. Weitere Ansprüche aus Innenhaftung der Gesellschafter .....	1199
V. Außenhaftung der Gesellschafter .....	1200
 <b>10. Teil. Rechnungslegung und Steuerrecht in der Insolvenz</b> 	
<b>§ 34. Buchführung, Rechnungslegung</b> .....	1201
A. Normierte Pflichten zur Rechnungslegung in der InsO .....	1201
B. Gültigkeit der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften .....	1202
C. Rechnungslegungspflichten .....	1205
D. Dokumentation und Prüfung .....	1207
E. Offenlegung .....	1208
F. Nebeneffekte .....	1208
G. Sicherstellen der Daten .....	1208
 <b>§ 35. Steuern in der Insolvenz</b> .....	 1209
A. Zusammenspiel von Steuerrecht und Insolvenzrecht .....	1209
I. Gibt es ein Insolvenzsteuerrecht? .....	1209
II. Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit .....	1210
III. Der § 55 InsO .....	1210
B. Geltendmachung der Abgabenansprüche .....	1212
I. Vor Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung begründete Steuern .....	1212
II. Verwaltungsakte gegen die Insolvenzmasse .....	1216
III. Aufrechnung und Verrechnung .....	1218

C. Verpflichtung zu Rechnungslegung und Steuerdeklaration .....	1219
I. Rechnungslegung .....	1219
II. Steuerdeklaration .....	1219
D. Umsatzsteuer .....	1222
I. Vorbemerkung .....	1222
II. Umsatzsteuerliche Stellung des Unternehmens .....	1223
III. Umsatzsteuerberichtigung wegen rechtlicher Uneinbringlichkeit offener Forderungen .....	1223
IV. Berichtigungen beim Vorsteuerabzug aus offenen Eingangsrechnungen ....	1225
V. Weitere Anlässe für eine Berichtigungen beim Vorsteuerabzug .....	1226
VI. Kostenbeiträge und Umsatzsteuer .....	1227
VII. Verwertung von Sicherungsgut .....	1228
VIII. Verwertung von zur Sicherheit abgetretener Forderungen .....	1230
IX. Waren unter Eigentumsvorbehalt .....	1231
X. Umsatzsteuer-Organschaft in der Insolvenz .....	1231
XI. Anrechnung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung .....	1233
XII. Weitere Regelungen nach Verfahrenseröffnung .....	1234
E. Einkommensteuer .....	1234
F. Körperschaftsteuer .....	1238
G. Gewerbesteuer .....	1240
H. Grunderwerbsteuer .....	1240
J. Grundsteuer .....	1241
K. Kraftfahrzeugsteuer .....	1241
L. Steuerabzug bei Bauleistungen .....	1242
M. Lohnsteuer .....	1243
N. Insolvenzspezifische Arbeitnehmersachverhalte .....	1246
O. Steuerliche Nebenleistungen .....	1247
P. Steuerabzugsbeträge und Vorauszahlungen .....	1247
Q. Steuerliche Auswirkungen von Anfechtungen .....	1248
R. Steuerliche Aspekte in der Fortführungsplanung .....	1249
S. Steuerliche Aspekte der Unternehmenssanierung .....	1251
I. Gibt es ein Sanierungssteuerrecht? .....	1251
II. Sanierungsgewinne .....	1251
III. Nutzung von Verlustvorträgen .....	1254
IV. Leistungswirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen .....	1254
V. Zuführung von Fremdkapital – Zinsschranke .....	1255
VI. Aufnahme neuer Gesellschafter .....	1255
VII. Debt-to-Equity Transaktionen .....	1257
VIII. Unternehmensnachfolge .....	1258
T. Kommunikation mit den Finanzbehörden .....	1258
I. Klärung Steuerkonto .....	1258
II. Verbindliche Auskunft .....	1259

W. Steuerliche Folgen für weitere Beteiligte .....	1260
I. Anteile nach § 17 EStG .....	1260
II. Betriebsaufspaltungen .....	1261
III. Haftungsfolgen .....	1262

**11. Teil. Öffentliches Recht in der Insolvenz**

<b>§ 36. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters .....</b>	<b>1263</b>
A. Problemaufriss .....	1263
I. Sichtweise des Insolvenzverwalters .....	1264
II. Sichtweise der Behörde .....	1265
III. Annäherung .....	1265
B. Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeiten .....	1266
I. Verantwortlichkeiten im Allgemeinen .....	1266
1. Verhaltensverantwortlichkeit .....	1266
2. Zustandsverantwortlichkeit .....	1267
II. Umweltrechtliche Verantwortlichkeiten im Besonderen .....	1268
1. Betreiber bzw. Inhaber von Anlagen .....	1268
2. Abfallerzeuger bzw. -besitzer .....	1272
3. Verantwortlichkeit nach Bundes-Bodenschutzgesetz und deren Begrenzung .....	1274
III. Insolvenzrechtliche Bedeutung der Verantwortlichkeiten .....	1276
1. Insolvenzrechtliche Irrelevanz der abstrakten Polizeipflicht .....	1277
2. Insolvenzrechtliche Relevanz der konkreten Polizeipflicht .....	1278
3. Inanspruchnahme des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	1288
4. Mehrheit von Verantwortlichen .....	1289
C. Freigabe .....	1294
I. Zulässigkeit der Freigabe .....	1295
II. Ordnungsrechtliche Folgen der Freigabe .....	1296
D. Öffentlich-rechtliche Befugnisse .....	1300
I. Personenbezogene Konzessionen .....	1300
II. Sachkonzessionen .....	1302
E. Öffentliche Abgaben .....	1302
F. Rechtsschutzproblematik .....	1306
I. Verwaltungsgerichtliches Verfahren .....	1307
II. Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren .....	1308
III. Verwaltungsvollstreckung .....	1310
<b>§ 37. Insolvenzstrafrecht .....</b>	<b>1311</b>
A. Allgemeines .....	1312
I. Vorbemerkung .....	1312
II. Die gesetzlichen Grundlagen des Insolvenzstrafrechts .....	1313
1. Terminologie .....	1313
2. Die wirtschaftliche Krise .....	1313
III. Täterkreis .....	1315
1. Gesetzlich Verantwortliche .....	1315

2. Faktische Organe .....	1316
3. Strafbarkeit von Beratern, Insolvenzverwaltern ua .....	1317
IV. Folgen von Insolvenzstraftaten .....	1318
1. Amtsunfähigkeit .....	1318
2. Restschuldbefreiung .....	1318
3. Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit .....	1319
B. Insolvenzverschleppung .....	1319
I. Allgemeines .....	1319
II. Strafbarkeit (vorwiegend am Beispiel der GmbH) .....	1321
1. Täterkreis .....	1321
2. Objektiver Tatbestand .....	1323
3. Subjektiver Tatbestand und Irrtum .....	1326
4. Rechtswidrigkeit und Unzumutbarkeit der Antragstellung .....	1327
5. Konkurrenzen .....	1328
6. Rechtsfolgen und Verjährung .....	1328
C. Bankrott .....	1329
I. Allgemeines .....	1329
1. Überblick und Systematik .....	1329
2. Täterkreis .....	1330
3. Krisensituation und Strafbarkeitsbedingung nach Abs. 6 .....	1332
4. Rechtsfolgen .....	1333
II. Vermögensschädigende Handlungen .....	1333
1. Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Vermögensbestandteilen (Abs. 1 Nr. 1) .....	1333
2. Verlustgeschäfte und unwirtschaftliche Ausgaben (Abs. 1 Nr. 2) .....	1335
3. Warenbeschaffung auf Kredit (Abs. 1 Nr. 3) .....	1335
4. Vortäuschen von Rechten (Abs. 1 Nr. 4) .....	1335
5. Sonstiges Verringern (Abs. 1 Nr. 8) .....	1336
III. Buchführungsverstöße (§ 283 Abs. 1 Nr. 5 und 6) .....	1336
1. Unterlassene oder unordentliche Buchführung, § 283 Abs. 1 Nr. 5 .....	1336
2. Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Handelsbüchern .....	1338
III. Bilanzverstöße (Abs. 1 Nr. 7) .....	1338
1. Bilanzierungspflicht .....	1338
2. Tathandlung .....	1338
3. Konkurrenzen .....	1341
IV. Verhältnis zu Untreue .....	1341
V. Subjektiver Tatbestand und Versuch .....	1342
1. Vorsatz .....	1342
2. Fahrlässigkeit .....	1342
3. Versuch .....	1343
VI. Besonders schwerer Fall .....	1343
D. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB) .....	1344
E. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung .....	1345
I. Gläubigerbegünstigung .....	1345
1. Objektiver Tatbestand .....	1345
2. Subjektiver Tatbestand; Irrtum .....	1346
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung .....	1347
4. Täterkreis .....	1347
5. Versuch .....	1347
6. Konkurrenzen; Sperrwirkung .....	1348

II. Schuldnerbegünstigung .....	1349
1. Tatbestand; Täterkreis .....	1349
2. Sonstiges .....	1351
F. Betrug .....	1352
I. Allgemeines .....	1352
II. Tatbestandsverwirklichung .....	1353
1. Täuschungshandlung .....	1353
2. Irrtum .....	1354
3. Vermögensverfügung .....	1354
4. Vermögensschaden .....	1354
5. Subjektiver Tatbestand; Vollendung .....	1356
III. Täterschaft .....	1356
IV. Besonders schwere Fälle .....	1357
G. Untreue .....	1357
I. Allgemeines .....	1357
II. Untreue in der Unternehmenskrise .....	1358
1. Täter .....	1358
2. Typische Tathandlungen .....	1359
3. Einwilligung und Weisungen .....	1360
4. Schaden .....	1361
5. Subjektiver Tatbestand .....	1363
H. Sonstige Insolvenzstraftaten .....	1364
I. Falsche Versicherung an Eides Statt .....	1364
II. Unterschlagung .....	1365
III. Kreditbetrug .....	1365
IV. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt .....	1367
1. Geschütztes Beitragsaufkommen .....	1367
2. Tathandlung .....	1368
3. Täterkreis .....	1370
V. Steuerhinterziehung .....	1370
I. Auffang- und Sanierungsgesellschaften .....	1371
I. Vorbemerkung .....	1371
II. Freie Sanierung .....	1372
III. Sanierung im Rahmen eines Insolvenzverfahrens .....	1373
J. Firmenbestattung .....	1374
L. Der Insolvenzverwalter als Täter .....	1375
I. Verletzung von Pflichten .....	1376
1. Insolvenzrechtliche Pflichten .....	1376
2. Sonstige Pflichten .....	1376
II. Eigennützige Verwertung der Masse .....	1377
III. Straftaten bei Ausproduktion und übertragender Sanierung .....	1378
IV. Honorarmanipulationen .....	1378
L. Strafbarkeit von Beratern .....	1379
I. Buchführungsdelikte .....	1381
II. Gläubigerbegünstigung .....	1382
III. Betrug .....	1382
IV. Insolvenzverschleppung .....	1383
V. Sonstiges strafbares Verhalten .....	1383

M. Insolvenzstrafverfahren .....	1384
I. Die Vorgehensweise der Ermittlungsbehörde .....	1384
1. Einleitung von Ermittlungen; erste Schritte .....	1384
2. Durchsuchung und Beschlagnahme .....	1384
3. Bankermittlungen .....	1384
4. Arrestanordnung .....	1385
5. Weitere Ermittlungen .....	1386
6. Adhäsionsverfahren .....	1387
7. Anfechtung der Zahlung von Geldstrafen und Geldauflagen .....	1387
II. Verhalten von Schuldner und Insolvenzverwalter .....	1387
1. Mitwirkung des Schuldners .....	1387
2. Verwendungsverbot von Angaben des Schuldners .....	1388
3. Zusammenarbeit zwischen Ermittlungsbehörde und Gutachter oder Insolvenzverwalter .....	1389
III. Rechtsschutz gegenüber Ermittlungsmaßnahmen .....	1391
1. Durchsuchung und Beschlagnahme .....	1391
2. Untersuchungshaft .....	1392
N. Vermeidung strafbaren Verhaltens .....	1393
I. Vorbemerkung .....	1393
II. Alphabetische Übersicht .....	1393

## 12. Teil. Internationales Insolvenzrecht

<b>§ 38. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen .....</b>	<b>1395</b>
A. Regelungsgegenstand und Grundprinzipien .....	1395
I. Regelungsgegenstand .....	1395
II. Grundprinzipien .....	1396
III. Internationales Verfahrens- und Privatrecht .....	1396
B. Rechtsquellen .....	1397
I. Europäisches Insolvenzrecht .....	1397
1. Europäische Insolvenzverordnung .....	1397
2. Europäische Richtlinien .....	1401
II. Staatsverträge .....	1402
1. Österreich und Niederlande .....	1402
2. Schweiz .....	1402
III. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht .....	1402
1. Übersicht .....	1402
2. Verhältnis zur EuIVO .....	1403
C. UNCITRAL – Modellgesetz .....	1404
I. Zweck .....	1405
II. Inhalt .....	1405
<b>§ 39. Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug .....</b>	<b>1406</b>
A. Deutsche Insolvenzverfahren .....	1406
I. Hauptinsolvenzverfahren .....	1406
1. Haupt- und Partikularverfahren .....	1406
2. Deutsche Gerichtsbarkeit .....	1406
3. Internationale Zuständigkeit deutscher Insolvenzgerichte .....	1406

4. Anerkennung der Wirkungen des Insolvenzverfahrens im Ausland .....	1415
5. Veröffentlichung der Eröffnungsentscheidung, Insolvenzregister .....	1421
6. Anwendbares Recht .....	1422
7. Auslandsvermögen des Schuldners .....	1423
8. Abwicklung schwebender Verträge .....	1426
9. Aussonderung und Absonderung (dingliche Rechte Dritter) .....	1428
10. Aufrechnung .....	1431
11. Insolvenzanfechtung .....	1431
12. Insolvenzplan .....	1432
13. Restschuldbefreiung .....	1433
14. Rechtsstellung ausländischer Gläubiger .....	1433
II. Partikularverfahren .....	1437
1. Übersicht .....	1437
2. Zusicherung zur Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens .....	1438
3. Voraussetzungen für die Eröffnung eines Partikularverfahrens .....	1440
4. Beschränkung der Verfahrenswirkungen auf das Inlandsvermögen .....	1443
5. Die Koordination von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren .....	1444
B. Ausländische Verfahren mit Inlandsbezug .....	1451
I. Hauptverfahren .....	1451
1. Überblick .....	1451
2. Voraussetzungen und Grenzen der Anerkennung .....	1452
3. Gegenstand der Anerkennung .....	1455
4. Kein Anerkennungsverfahren, Vollstreckung .....	1455
5. Wirkungen im Inland .....	1456
II. Partikularverfahren .....	1460
C. Konzerninsolvenzen .....	1461
I. Einführung .....	1461
1. Übersicht und Normzweck .....	1461
2. Wirtschaftlicher Hintergrund der Neuregelung .....	1461
3. Bisherige Lösungsansätze .....	1462
II. Unternehmensgruppe .....	1463
1. Begriff .....	1463
2. Grenzüberschreitender Bezug .....	1463
III. Zusammenarbeit und Kommunikation .....	1464
1. Verwalter .....	1464
2. Gerichte .....	1466
3. Kosten .....	1467
4. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung .....	1467
IV. Gruppen-Koordinationsverfahren .....	1468
1. Überblick und Zweck .....	1468
2. Einleitung des Verfahrens .....	1469
3. Das eröffnete Koordinationsverfahren .....	1471

**13. Teil. Insolvenz natürlicher Personen**

<b>§ 40. Verbraucherinsolvenz .....</b>	<b>1475</b>
A. Einleitung .....	1475
B. Der persönliche Anwendungsbereich .....	1475
I. Absicht des Gesetzgebers .....	1475

L

Inhaltsverzeichnis

II. Maßgeblicher Zeitpunkt .....	1476
III. Abgrenzung selbstständige- nichtselbstständige Tätigkeit .....	1476
IV. Zusatzvoraussetzungen für ehemals selbstständig Tätige .....	1476
1. Überschaubare Verhältnisse .....	1476
2. Keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen .....	1477
C. Antragsberechtigung .....	1477
I. Der Eigenantrag .....	1477
II. Der Fremdantrag .....	1477
III. Insolvenzantragspflicht .....	1477
D. Der Ablauf der Verbraucherinsolvenz .....	1478
I. Die außergerichtliche Schuldenbereinigung .....	1478
1. Gesetzliche Vorgaben .....	1478
2. Form des Plans .....	1478
3. Mitwirkung geeigneter Personen/Stellen – Beratungsleistung .....	1479
4. Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens .....	1479
5. Keine Schutzwirkung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens .....	1480
6. Praktische Durchführung .....	1480
II. Die Antragstellung bei Gericht .....	1480
1. Formularzwang .....	1480
2. Die Anforderungen des § 305 Abs. 1 InsO und die entsprechenden Formulare .....	1482
III. Das „Zwischenverfahren“ .....	1484
1. Vollständigkeit und Rücknahmefiktion .....	1484
2. Fortsetzung des Verfahrens .....	1484
IV. Die gerichtliche Schuldenbereinigung .....	1485
1. Abstimmung über den Schuldenbereinigungsplan .....	1486
2. Abänderung des Schuldenbereinigungsplanes .....	1486
3. Ersetzung der Zustimmung .....	1486
4. Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplanes .....	1487
5. Planerfüllung .....	1488
III. Das weitere Insolvenzeröffnungsverfahren .....	1488
1. Allgemeines .....	1488
2. Recht auf Rücknahme des Insolvenzantrages .....	1488
3. Amtsermittlung und Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses .....	1488
IV. Die Verfahrenskostendeckung und die Stundung der Verfahrenskosten .....	1489
1. Kostenvorschuss (§ 26 Abs. 1 Satz 2 InsO) .....	1489
2. Verfahrenskostenstundung, § 4a InsO .....	1489
3. Umfang und Wirkung der Stundung .....	1491
4. Aufhebung der Stundung .....	1491
5. Rechtsmittel .....	1492
E. Der Eröffnungsbeschluss und das weitere Verfahren .....	1492
<b>§ 41. Restschuldbefreiung .....</b>	<b>1493</b>
A. Allgemeines .....	1493
I. Ziele der Insolvenzordnung .....	1493
II. Möglichkeiten zur Schuldenbefreiung: Überblick .....	1493
1. Der Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO) .....	1493
2. Schuldenbereinigung im Rahmen der Verbraucherinsolvenz .....	1494
3. Die eigentliche Restschuldbefreiung .....	1494

*Inhaltsverzeichnis*

LI

III. Welches Verfahren für welchen Personenkreis? .....	1494
IV. Die Zuständigkeit innerhalb des Gerichts .....	1494
B. Der Antrag auf Restschuldbefreiung .....	1495
I. Personenkreis .....	1495
II. Antragsfordernis .....	1495
III. Erklärung nach § 287 Abs. 1 S. 3 InsO .....	1495
IV. Abtretung des pfändbaren Einkommens § 287 Abs. 2 InsO .....	1496
1. Abtretungserklärung .....	1496
2. Gegenstand der Abtretung .....	1496
3. Inhalt und Wirksamkeit der Abtretung .....	1496
4. Rechtsgeschäftliche Abtretungen oder Verpfändungen .....	1497
C. Die Eingangsentscheidung, § 287a InsO .....	1497
I. Zulässigkeitsprüfung .....	1497
II. Vorliegen von Versagungsgründen zum Zeitpunkt der Eingangsentscheidung .....	1498
D. Versagungsanträge bis zum Schlusstermin .....	1499
I. Anhörung der Gläubiger .....	1500
II. Versagungsanträge nach § 290 Abs. 1 InsO .....	1500
III. Entscheidung über vorliegende Versagungsanträge .....	1500
E. Wohlverhaltensperiode .....	1501
I. Beginn und Bedeutung der Wohlverhaltensphase .....	1501
II. Der Treuhänder .....	1501
1. Pflichtaufgaben (§ 292 Abs. 1 InsO) .....	1502
2. Fakultative Aufgaben (§ 292 Abs. 2 InsO) .....	1502
3. Haftung des Treuhänders .....	1502
4. Vergütung des Treuhänders .....	1503
5. Beginn/Ende des Amtes .....	1503
6. Aufsicht des Insolvenzgerichts .....	1503
III. Verhalten und Obliegenheiten des Schuldners .....	1503
IV. Versagung der Restschuldbefreiung in der Wohlverhaltensphase .....	1505
1. Versagung wegen Verstoßes gegen Obliegenheiten, § 296 Abs. 1 InsO) .....	1505
2. Versagung nach § 296 Abs. 2 S. 3 InsO .....	1506
3. Versagung wegen Verurteilung des Schuldners aufgrund einer Insolvenzstraftat, § 297 InsO .....	1507
4. Versagung wegen nachträglich bekannt gewordener Versagungsgründe des § 290 Abs. 1 InsO, § 297a InsO .....	1507
5. Versagung wegen fehlender Mindestvergütung, § 298 InsO .....	1508
F. Erteilung der Restschuldbefreiung .....	1508
1. Verfahren nach Ablauf der Regelfrist .....	1509
2. Verfahren bei Verkürzung der Wohlverhaltensperiode und vorzeitiger Restschuldbefreiung .....	1510
3. Sonderfall Asymmetrische Verfahren: Fristablauf vor Aufhebung des Verfahrens .....	1510
4. Wirkung des Beschlusses zur Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung .....	1511
G. Widerruf der Restschuldbefreiung .....	1512
I. Jahresfrist, § 303 Abs. 2 S. 1 .....	1512

II. Gläubigerantrag .....	1512
III. Widerrufsgründe .....	1512
1. § 303 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	1512
2. § 303 Abs. 1 Nr. 2 InsO .....	1513
3. § 303 Abs. 1 Nr. 3 InsO .....	1513
IV. Entscheidung des Gerichts .....	1513
VI. Rechtsfolge .....	1513
<b>§ 42. Die Insolvenz des Freiberuflers .....</b>	<b>1513</b>
A. Einleitung .....	1514
I. Begriff des Freiberuflers .....	1514
II. Häufige Insolvenzursachen .....	1514
B. Besondere Situation bei Freiberuflern .....	1515
C. Abgrenzung des Regel- vom Verbraucherinsolvenzverfahren .....	1516
D. Reichweite des Insolvenzbeschlages bei freiberuflicher Tätigkeit .....	1517
E. Fortführungsmöglichkeiten .....	1517
I. Fortführung durch Eigenverwaltung des Schuldners .....	1518
II. Fortführung durch Freigabe .....	1519
III. Einstweilige Fortführung der Praxis eines Freiberuflers .....	1522
F. Veräußerbarkeit der Freiberuflerpraxis .....	1522
G. Freiberufler und Insolvenzplan .....	1522
H. Berufsrechtliche Folgen einer Insolvenz .....	1523
<b>14. Teil. Sonderinsolvenzen</b>	
<b>§ 43. Insolvenzplan .....</b>	<b>1525</b>
A. Einleitung .....	1525
B. Praxisrelevanz des Insolvenzplans .....	1527
I. Statistik .....	1527
II. Ursachen der geringen Akzeptanz .....	1527
III. Bedeutung des ESUG für den Insolvenzplan .....	1528
C. Planinhalt (§§ 219–230 InsO) .....	1529
I. Darstellender Teil (§ 220 InsO) .....	1530
1. Allgemeines .....	1530
2. Gliederung .....	1530
3. Vergleichsrechnung .....	1531
II. Gestaltender Teil (§§ 221 ff. InsO) .....	1533
1. Rechtsstellung der Beteiligten/Gruppenbildung .....	1534
2. Weitere Regelungen .....	1538
3. Aufbau des gestaltenden Teils .....	1538
D. Einzelne Planziele .....	1539
I. Der Sanierungsplan .....	1540
1. Ziel des Sanierungsplanes .....	1540
2. Arbeitsverträge .....	1540

3. Sanierungsgewinn .....	1540
4. Eingriff in die Gesellschafterstellung .....	1542
5. Umwandlung von Forderungen in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte (dept-equity-swap) .....	1543
6. Sonstige gesellschaftsrechtliche Maßnahmen .....	1544
7. Kündigungsausschluss, § 225a Abs. 4 InsO .....	1544
8. Abfindung bei freiwilligem Austritt der Altgesellschafter (§ 225a Abs. 5 InsO) .....	1545
9. Aufbau des Sanierungsplanes .....	1545
II. Der Liquidationsplan mit übertragender Sanierung .....	1546
III. Der Liquidationsplan mit Ausproduktion .....	1546
IV. Sonstige Plangestaltungen .....	1546
E. Ablauf des Insolvenzplanverfahrens .....	1546
I. Initiativrechte (§ 218 Abs. 1 InsO) .....	1549
1. Vorlage durch den Schuldner .....	1549
2. Vorlage durch den (vorläufigen) Insolvenzverwalter .....	1550
3. Vorlage durch den (vorläufigen) Sachwalter .....	1551
4. Mitwirkung (§ 218 Abs. 3 InsO) .....	1551
II. Vorprüfung durch das Insolvenzgericht .....	1551
1. Amtsprüfung (§ 231 InsO) .....	1551
2. Stellungnahme (§ 232 InsO) .....	1552
3. Niederlegung (§ 234 InsO) .....	1553
III. Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 235 InsO) .....	1553
1. Erörterungstermin .....	1553
2. Abstimmungstermin .....	1554
IV. Zustimmung des Schuldners (§ 247 InsO) .....	1556
V. Planbestätigung (§§ 248 ff. InsO) .....	1556
1. Planbestätigung durch das Insolvenzgericht .....	1556
2. Minderheitenschutz .....	1556
F. Wirkungen des Insolvenzplans .....	1557
I. Rechtsänderungen (§§ 254–254b InsO) .....	1557
1. Rechtsstellungen der Beteiligten .....	1557
2. Willenserklärungen .....	1559
3. Gesellschaftsrechtliche Maßnahmen .....	1560
4. Verpflichtungserklärungen .....	1560
II. Weitere Wirkungen .....	1560
III. Vollstreckungstitel .....	1560
G. Der weitere Verfahrensablauf .....	1560
I. Aufhebung des Insolvenzverfahrens (§ 258 InsO) .....	1561
II. Überwachung (§§ 260 ff. InsO) .....	1561
1. Anordnung der Überwachung .....	1561
2. Aufgaben des Insolvenzverwalters/Sachwalters .....	1561
3. Aufhebung der Überwachung (§ 268 InsO) .....	1562
H. Der Insolvenzplan im Rahmen des Sanierungskonzepts .....	1562
I. Darstellen der Sanierungsfähigkeit: Abwandlung des Instrumentariums der Due-Diligence und der Jahresabschlussanalyse .....	1563
II. Historie der Unternehmenskrise als Basis .....	1563
III. Analysen als Basis der Sanierungsmaßnahmen .....	1564
1. Ausgangsbasis .....	1564
2. Operative Betrachtung .....	1566

3. Der Cash-flow als betriebswirtschaftliche Kenngröße .....	1567
4. Break-Even Betrachtung .....	1570
5. Gesamtkostenstruktur-Analyse .....	1572
6. Umsatzbereich .....	1573
7. Personalbereich .....	1575
8. Analyse der Vermögensstruktur .....	1577
9. Beispiel für die Analyse .....	1578
IV. Ableiten der Sanierungsmaßnahmen .....	1579
1. Gläubigerbefriedigung lediglich als ein Element des Maßnahmenkatalogs .....	1579
2. Maßnahmenableitung zur Sanierung auf Basis der Analyseergebnisse ..	1580
3. Bilden von konsistenten Annahmebündeln .....	1581
4. Die Sanierungsmatrix .....	1582
I. Instrumente der Planerstellung .....	1583
I. Grundkonzept der betrieblichen Planrechnung .....	1583
II. Elemente einer vollständigen betrieblichen Planrechnung .....	1584
1. Ergebnisplanung .....	1584
2. Finanzplanung unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an einen Insolvenzplan .....	1589
III. Risikoanalyse .....	1592
IV. Planbilanz .....	1595
V. Iterative Vorgehensweise .....	1596
VI. Laufende Projektarbeit .....	1597
J. Einsatz von Planungstools bei der Erstellung von Insolvenzplänen .....	1598
I. Notwendigkeit integrierter Planungsmodelle .....	1598
II. Basiselemente .....	1598
III. Die Planungsbereiche .....	1601
VI. Einige Gedanken zur Qualitätssicherung .....	1609
K. Anhang A: Checkliste Due Diligence .....	1610
I. Rechtliche Verhältnisse .....	1610
II. Technischer Betrieb .....	1610
III. Kaufmännischer Betrieb .....	1612
IV. Unternehmensplanung .....	1614
L. Anhang B: Sanierungskonzept .....	1615
<b>§ 44. Die Eigenverwaltung .....</b>	<b>1622</b>
A. Einführung .....	1622
I. Das Wesen der Eigenverwaltung .....	1622
II. Urteile und gesetzgeberische Zielsetzung .....	1623
III. Modifizierung durch das ESUG .....	1623
IV. Aktuelle Entwicklungstendenzen .....	1624
B. Die Eigenverwaltung im eröffneten Verfahren .....	1625
I. Die Voraussetzungen der Anordnung .....	1625
1. Antragstellung .....	1625
2. Keine zu erwartenden Nachteile für die Gläubiger .....	1627
II. Mitwirkung des vorläufigen Gläubigerausschusses (§ 270 Abs. 3 InsO) ....	1629
III. Auswahl und Bestellung des Sachwalters .....	1629

IV. Der Anordnungsbeschluss .....	1630
1. Öffentliche Bekanntmachung .....	1630
2. Rechtsmittel .....	1631
V. Die nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung (§ 271 InsO) .....	1631
1. Antrag der Gläubigerversammlung .....	1631
2. Zustimmung des Schuldners .....	1632
3. Entscheidung des Gerichts und Rechtsmittel .....	1632
VI. Die Überleitung in die Regelinsolvenz (§ 272 InsO) .....	1632
1. Aufhebung auf Antrag der Gläubigerversammlung, § 272 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	1633
2. Aufhebung auf Antrag eines Gläubigers, § 272 Abs. 1 Nr. 2 InsO .....	1633
3. Aufhebung auf Antrag des Schuldners, § 272 Abs. 1 Nr. 3 InsO .....	1633
4. Entscheidung des Gerichts und Rechtsmittel .....	1634
C. Das Eröffnungsverfahren (§ 270a InsO) .....	1634
I. Zugangsvoraussetzung .....	1634
II. Problematik gerichtlicher Anordnungen .....	1636
1. Keine Anordnung von Verfügungsverboten und Zustimmungsvorbehalt .....	1636
2. Anordnung weiterer Sicherungsmaßnahmen .....	1636
3. Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses, § 22a Abs. 1, 2 InsO .....	1637
III. Der vorläufige Sachwalter .....	1637
IV. Die Begründung von Masseverbindlichkeiten .....	1638
V. Die Entscheidung des Gerichts und Rechtsmittel .....	1639
1. Öffentliche Bekanntmachung .....	1639
2. Rechtsmittel .....	1639
VI. Die Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung .....	1640
D. Das Schutzschirmverfahren (§ 270b InsO) .....	1640
I. Anordnungsvoraussetzungen .....	1641
1. Rechtzeitiger Eröffnungsantrag .....	1641
2. Keine Nachteile für die Gläubiger .....	1643
3. Bescheinigung gemäß § 270b Abs. 1 S. 3 InsO .....	1644
4. Sanierung nicht offensichtlich aussichtslos (§ 270b Abs. 1 S. 1 InsO) ..	1647
II. Die Anordnungen im Einzelnen .....	1648
1. Bestellung eines vorläufigen Sachwalters .....	1648
2. Begründung von Masseverbindlichkeiten .....	1649
3. Frist zur Vorlage eines Insolvenzplanes .....	1650
4. Exkurs „Dual Track“ .....	1651
5. Sonstige Anordnungen .....	1651
III. Die Entscheidung des Gerichts und Rechtsmittel .....	1652
1. Öffentliche Bekanntmachung .....	1652
2. Rechtsmittel .....	1653
IV. Die Aufhebung des Schutzschirmverfahrens .....	1654
1. Vorzeitige Aufhebung.....	1654
2. Reguläre Aufhebung .....	1655
E. Rechte und Pflichten der Organe in der Eigenverwaltung .....	1657
I. Allgemeines zur Kompetenzabgrenzung .....	1657
II. Der Schuldner .....	1657
1. Funktion und Rechtsstellung .....	1657
2. Aufgaben und Befugnisse .....	1658
3. Stellung des Schuldners im vorläufigen Verfahren .....	1662

III. Der Sachwalter .....	1664
1. Funktion und Rechtsstellung .....	1664
2. Aufgaben und Befugnisse .....	1665
3. Stellung des vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsverfahren .....	1669
IV. Die Organe der Gesellschaft .....	1670
1. Die geschäftsführenden Organe .....	1670
2. Die Überwachungsorgane (§ 276a InsO) .....	1671
F. Die Haftung der Beteiligten .....	1672
I. Der Schuldner .....	1672
1. Haftung des Schuldners nach Anordnung der Eigenverwaltung .....	1672
2. Haftung des Schuldners im Eröffnungsverfahren .....	1673
II. Die Organe des Schuldners .....	1673
1. Haftung der Organe des Schuldners nach Anordnung der Eigenverwaltung .....	1673
2. Haftung der geschäftsführenden Organe des Schuldners im Eröffnungsverfahren .....	1674
III. Der (vorläufige) Sachwalter .....	1674
1. Haftung des Sachwalters nach Anordnung der Eigenverwaltung .....	1674
2. Haftung des vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsverfahren .....	1675
G. Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters .....	1675
<b>§ 45. Besondere Vermögensmassen .....</b>	<b>1677</b>
A. Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut .....	1677
I. Güterstand der Gütergemeinschaft .....	1677
II. Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut .....	1678
III. Persönliche Haftung der Ehegatten .....	1679
B. Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft .....	1679
I. Fortgesetzte Gütergemeinschaft .....	1680
II. Besonderheiten des Insolvenzverfahrens über das Gesamtgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft .....	1680
III. Persönliche Haftung des überlebenden Ehegatten und der Abkömmlinge .....	1681
C. Insolvenzunfähige Vermögensmassen .....	1682
<b>§ 46. Nachlassinsolvenz .....</b>	<b>1682</b>
A. Allgemeines .....	1683
I. Sinn und Zweck des Nachlassinsolvenzverfahrens .....	1683
II. Verhältnis zur Erbeninsolvenz .....	1683
III. Der Tod des Schuldners während des Verfahrens .....	1684
IV. Beteiligte des Nachlassinsolvenzverfahrens .....	1685
B. Zulässigkeitsfragen .....	1686
I. Zuständigkeit .....	1686
1. International .....	1686
2. Örtlich .....	1687
3. Sachlich .....	1687

*Inhaltsverzeichnis* *LVII*

II. Antragsberechtigung .....	1687
III. Eigenverwaltung .....	1689
C. Insolvenzgründe .....	1689
I. Allgemeines .....	1689
II. Zahlungsunfähigkeit und drohende Zahlungsunfähigkeit .....	1689
III. Überschuldung .....	1689
D. Folgen der Verfahrenseröffnung .....	1690
I. Erbrechtliche Folgen .....	1690
II. Insolvenzzrechtliche Folgen .....	1692
E. Nachlassspezifische Ansprüche der Insolvenzmasse .....	1692
I. Ansprüche aufgrund der bisherigen Nachlassverwaltung .....	1694
II. Ansprüche wegen Verletzung der Insolvenzantragspflicht .....	1695
III. Ansprüche aufgrund Insolvenzanfechtung .....	1697
F. Befriedigung der Nachlassverbindlichkeiten .....	1699
I. Masseverbindlichkeiten des § 324 Abs. 1 InsO .....	1699
II. Insolvenzforderungen im Rang des § 38 InsO .....	1700
III. Nachrangige Insolvenzforderungen .....	1700
IV. Besondere Verteilungsverbote .....	1701
G. Steuerliche Besonderheiten .....	1701
I. Allgemeines .....	1701
II. Verfahrensfragen .....	1701
1. Erklärungs- und Zahlungspflichten des Insolvenzverwalters .....	1701
2. Anrechnung von Abzugsbeträgen .....	1702
III. Einzelne Steuerarten .....	1702
1. Einkommensteuer .....	1702
2. Umsatzsteuer .....	1703
3. Grunderwerbsteuer .....	1703
4. Erbschaftsteuer .....	1704

**15. Teil. Haftung der Beteiligten**

<b>§ 47. Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters .....</b>	<b>1705</b>
A. Einführung und §§ 60, 61 InsO als Anspruchsgrundlagen .....	1705
B. § 60 InsO im Überblick .....	1706
I. Schutzbereich .....	1706
II. Persönlicher Anwendungsbereich (Haftender) .....	1706
III. Beteiligte (Geschädigte) .....	1707
1. Geschützter Personenkreis .....	1707
2. Einzel- und Gesamtschaden .....	1708
IV. Pflichtverletzung vs. Zweckmäßigkeit .....	1709
V. Verschulden .....	1709
1. Verschuldensmaßstab .....	1709
2. Haftung für das Verschulden Dritter .....	1711
3. „Mitverschulden“ von Gläubigerorganen .....	1713
4. Mitverschulden des Geschädigten .....	1714
C. § 61 InsO im Überblick .....	1714

D. Gemeinsamkeiten von § 60 InsO und § 61 InsO .....	1714
I. Keine Subsidiarität der Haftung .....	1714
II. Haftung Zug-um-Zug .....	1715
III. Kausalität .....	1716
IV. Haftung auf das negative Interesse .....	1716
V. Verjährung .....	1716
VI. Geltendmachung des Schadens .....	1717
1. Gesamtschaden .....	1717
2. Einzelschaden .....	1720
3. Prozessuales .....	1721
E. Insolvenzspezifische Pflichten (Haftungsrisiken) .....	1721
I. Pflichtenkreis im Allgemeinen – Vorbemerkung .....	1721
II. Besonderheiten in der vorläufigen Verwaltung .....	1722
III. Feststellung und Inbesitznahme der Masse .....	1724
IV. Sicherung und Verwaltung der Masse .....	1725
1. Allgemeines .....	1725
2. Kontoführung, Verzinsungspflicht und ungerechtfertigte Bereicherung .....	1726
V. Verwertung .....	1727
1. Allgemeine Anforderungen .....	1727
2. Rechtsentwicklungen vs. Erledigungsfristen .....	1730
3. Verwertungsverzicht und Freigabe .....	1730
VI. Umgang mit Aussonderungsgut und -rechten .....	1732
1. Einführung .....	1731
2. Inbesitznahme .....	1731
3. Feststellung des Aussonderungsrechts und Streitigkeiten .....	1732
4. Herausgabe (Aussonderung) .....	1733
5. Verwaltungs- und Obhutspflichten bis zur Herausgabe .....	1736
6. Nutzungsrechte bis zur Herausgabe .....	1736
VII. Umgang mit Absonderungsgut und -rechten .....	1737
1. Einführung .....	1737
2. Inbesitznahme von Absonderungsgut .....	1737
3. Feststellung des Absonderungsrechts und Streitigkeiten .....	1738
4. Verwertung des Absonderungsguts .....	1738
5. Besonderheit: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen .....	1740
6. Besonderheit: Verarbeitung, Vermischung und Vermengung (§ 172 Abs. 2 InsO) .....	1741
7. Erlösverteilung (§§ 170, 171 InsO) .....	1742
8. Absonderungsgläubiger in der Insolvenztabelle .....	1744
9. Verwaltungs- und Obhutspflichten bis zur Verwertung .....	1744
10. Nutzungsrechte bis zur Verwertung (§§ 169, 172 InsO) .....	1745
11. Besonderheiten der „kalten“ Zwangsverwaltung .....	1745
12. Freigabe von Absonderungsgut .....	1745
VIII. Begründung und Begleichung von Masseverbindlichkeiten/Haftung .....	1746
1. Anwendungsbereich § 61 InsO .....	1746
2. Begründung einer Masseverbindlichkeit .....	1746
3. Exkulpation des Insolvenzverwalters und Abdingbarkeit der Haftung (§ 61 InsO) .....	1747
4. Haftung aus § 60 InsO .....	1748
5. Begleichung in der vorläufigen Verwaltung .....	1749
IX. Befriedigungsreihenfolge und Masseunzulänglichkeit .....	1750
1. Einführung .....	1750

2. Definition Masseunzulänglichkeit/Liquiditätsplanung .....	1750
3. Haftungsrechtlich relevanter Zeitpunkt/Befriedigungsreihenfolge .....	1751
4. Haftungsfalle Massearmut .....	1753
5. Konsequenzen .....	1753
X. Dauerschuldverhältnisse und Wahlrechte (§§ 103 ff. InsO) .....	1753
1. Vorbemerkung und vorläufige Verwaltung .....	1753
2. Weitere Problemfelder bei Dauerschuldverhältnissen .....	1754
3. Die Ausübung von Wahlrechten .....	1754
XI. Aktive und passive Prozessführung .....	1755
1. Pflichtenkreis .....	1755
2. Perspektive Masse (Gesamtschaden) .....	1755
3. Perspektive Prozessgegner (Einzelschaden) .....	1757
XII. Rechnungslegungen und steuerliche Pflichten .....	1757
1. Insolvenzspezifische Rechnungslegung .....	1757
2. Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung .....	1758
3. Haftungsprobleme bei steuerlicher Veranlagung .....	1758
XIII. Erstellung und Überwachung des Insolvenzplanes .....	1759
1. Pflicht zur Prüfung der Insolvenzplanfähigkeit/Initiativrecht .....	1759
2. Finanzwirtschaftliche Beurteilung/gestaltender und darstellender Teil .....	1760
3. Aussetzung der Verwertung wegen Pflichtenkollision .....	1760
4. Vergleichsrechnung und Umgang mit Erwerbsinteressenten .....	1760
5. Umgang mit einem Schuldnerplan .....	1761
6. Planüberwachung .....	1761
XIV. Feststellung und Berichtigung der Insolvenzforderungen .....	1761
1. Aufforderung zur Anmeldung von Insolvenzforderungen .....	1761
2. Umgang mit Forderungsanmeldungen .....	1762
3. Verteilungen .....	1762
4. Haftungsfälle Sondermassen .....	1763
F. Haftung aus der Verletzung nichtinsolvenzspezifischer Pflichten .....	1763
I. Schuldrechtliche Haftung .....	1763
II. Haftung aus unerlaubter Handlung .....	1765
III. Arbeits- und Sozialrecht .....	1766
IV. Steuer- und Abgabenrecht .....	1767
<b>§ 48. Haftung des (vorläufigen) Sachwalters in Eigenverwaltung .....</b>	<b>1768</b>
A. Haftungsgefahren im Kontext Überwachung/Zustimmung .....	1768
B. Haftungsgefahren bei eigenen Aufgaben .....	1771
C. Besonderheiten bei Zuständigkeitswechsel .....	1772
<b>§ 49. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses .....</b>	<b>1772</b>
A. Einführung .....	1772
B. Fragen im zeitlichen Kontext .....	1773
C. Personeller Anwendungsbereich und Kollektivaufgaben .....	1773
D. Individualaufgaben: Überwachung und „Kassenprüfung“ .....	1774
I. Einführung .....	1774
II. Unterstützung und Überwachung der Geschäftsführung .....	1775
III. Prüfung von Geldverkehr und -bestand .....	1776

IV. Maßnahmen .....	1778
V. Verschwiegenheit und Neutralität .....	1778
VI. Haftpflichtversicherung .....	1778
<b>§ 50. Haftung des Insolvenzgerichts .....</b>	<b>1779</b>
A. § 839 BGB iVm Art. 34 GG als Anspruchsgrundlage .....	1779
B. Tatbestandsmerkmale und Geltendmachung .....	1779
C. Mitverschulden und Entfallen des Anspruchs .....	1780
D. Amtspflichtverletzung .....	1781
I. Übersicht .....	1781
II. Auswahl, Bestellung und Entlassung des Insolvenzverwalters .....	1781
1. Ermessensentscheidung und Einschränkung des Ermessens .....	1781
2. Bestellung eines ungeeigneten Verwalters/unterlassene Entlassung .....	1782
III. Aufsicht über den Insolvenzverwalter .....	1783
IV. Sonstige Aufgaben des Insolvenzgerichts .....	1784

**16. Teil. Vergütung der Beteiligten**

<b>§ 51. Die Vergütung des Insolvenzverwalters .....</b>	<b>1785</b>
A. Rechtsgrundlagen .....	1785
B. Berechnungsgrundlage = Wert der Insolvenzmasse .....	1785
I. Vergütungsberechnung auf Basis der Schlussrechnung .....	1786
II. Schätzwert bei vorzeitiger Beendigung .....	1786
III. Besonderheiten bei der Ermittlung des Wertes der Berechnungsgrundla- ge .....	1787
1. Behandlung von Absonderungsrechten .....	1787
2. Abfindung von Aus- und Absonderungsrechten .....	1788
3. Aufrechnungen .....	1788
4. Kosten und sonstige Masseverbindlichkeiten .....	1788
5. Betriebsfortführungskosten .....	1790
6. Berücksichtigung von Sondervergütungen des Verwalters .....	1790
7. Vorschüsse und Zuschüsse Dritter .....	1791
C. Regelsatz, § 2 InsVV .....	1791
D. Zuschläge und Abschläge, § 3 InsVV .....	1791
I. Zuschlagsgründe .....	1792
II. Abschlagsgründe .....	1792
III. Angemessenheit der Vergütung .....	1793
E. Mindestvergütung .....	1793
F. Auslagen und Kosten; Umsatzsteuer .....	1794
I. Allgemeine Geschäftskosten des Verwalters .....	1794
II. Ersatz besonderer Kosten .....	1794
III. Haftpflichtversicherung des Verwalters .....	1795
IV. Auslagenabrechnung .....	1795
1. Abrechnung der tatsächlich entstandenen Auslagen .....	1796
2. Auslagenpauschalierung .....	1796
V. Umsatzsteuer .....	1797

*Inhaltsverzeichnis*

*LXI*

G. Vorschuss auf Vergütung und Auslagen .....	1797
H. Vergütungsantrag und Abrechnung .....	1798
I. Festsetzung durch das Insolvenzgericht; Rechtsmittel .....	1799
I. Zuständigkeit .....	1799
II. Anhörungen .....	1799
III. Festsetzung .....	1800
IV. Rechtsmittel .....	1800
J. Nachtragsverteilung .....	1801
K. Sondervergütung für besondere Sachkunde .....	1801
<b>§ 52. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....</b>	<b>1803</b>
A. Entsprechende Anwendung der Vergütungsregelungen des Insolvenzverwalters für den vorläufigen Insolvenzverwalter .....	1803
B. Sondervergütung neben dem Insolvenzverwalter .....	1803
C. Berechnungsgrundlage des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	1803
I. Basis des verwalteten und gesicherten Vermögens .....	1804
II. Wertermittlung .....	1804
III. Behandlung von Aus- und Absonderungsrechten .....	1804
IV. Behandlung von Besitzgegenständen .....	1805
D. Bruchteilvergütung .....	1805
I. Regelbruchteil des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	1805
II. Zu- und Abschläge beim vorläufigen Insolvenzverwalter .....	1805
III. Mindestvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	1806
E. Auslagen und Umsatzsteuer .....	1807
F. Auswirkungen auf die Vergütung des Insolvenzverwalters .....	1807
G. Nachträgliche Abänderungen .....	1808
H. Sachverständigenvergütung des vorläufigen Verwalters .....	1808
I. Kostenschuldner der Vergütung des vorläufigen Verwalters .....	1808
<b>§ 53. Die Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters .....</b>	<b>1809</b>
<b>§ 54. Die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder .....</b>	<b>1810</b>
A. Rechtsgrundlage .....	1810
B. Stundensatzvergütung .....	1810
C. Festsetzung .....	1811
<b>§ 55. Die Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters .....</b>	<b>1812</b>
A. Regelvergütung des Sachwalters im eröffneten Insolvenzverfahren .....	1812
B. Zu- und Abschläge .....	1812
C. Verfahren .....	1812
D. Vergütung des vorläufigen Sachwalters .....	1813

<b>§ 56. Die Vergütung des Sachverständigen</b> .....	1813
A. Vergütung des isoliert beauftragten Sachverständigen .....	1813
B. Sachverständigenvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	1814
C. Vergütungsfestsetzung .....	1815
<b>§ 57. Die Vergütung im Verbraucherinsolvenzverfahren</b> .....	1815
A. Besonderheiten der Vergütung im eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren ...	1815
B. Die Vergütung des Treuhänders nach § 293 InsO .....	1816
I. Rechtsgrundlagen .....	1816
II. Berechnungsgrundlage in der Wohlverhaltensperiode .....	1816
III. Regelvergütung .....	1816
IV. Mindestvergütung .....	1816
V. Zu- und Abschläge in der Wohlverhaltensperiode .....	1817
VI. Zusatzvergütung für eine Obliegenheitsüberwachung .....	1817
VII. Festsetzung, Auslagen und Vorschüsse .....	1817

**17. Teil. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren**

<b>§ 58. Die Rechtsmittelzüge im Einzelnen</b> .....	1819
A. Allgemeines zum Rechtsschutz .....	1819
B. Sofortige Beschwerde nach der Insolvenzordnung .....	1820
I. Abgrenzung von anderen Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln .....	1820
II. Beschwerdefähige Entscheidungen .....	1820
III. Rechtsmittel gegen Rechtspflegerentscheidungen .....	1828
IV. Rechtsbeschwerde zum BGH .....	1829
Sachverzeichnis .....	1831